

KERAMISCHER

VII/Nr. 32 BERLIN
6. August
1932

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr. Verantwortlich:
Edwin Nenninger. Verlag: Hermann Grunzel, beide
Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. Ruf: C 4 Wilhelm
56 46 und 56 47. Druck: A. Janiszewski GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND
FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

Der Bann ist gebrochen

Die Wahlschlacht ist geschlagen. Die kühnen Träume der Reaktion sind zu Wasser geworden, das Volk beginnt zu erwachen. Aber es erwacht anders als es der „Führer“ geträumt hat. Die Reichstagswahlen sollten den Nazis den endgültigen Sieg bringen. Sie hofften, trotz ihres Eintretens für die Politik der Regierung Papen, die Köpfe des Volkes so benebeln zu können, daß ihnen auf jedem Wege die Macht zufällt. Die gleichen Hoffnungen hatte die aus Schwerindustriellen, Großagrariern, Offizierskaste und ähnlichen Edlen gebildete Reaktion. Der große Kampf gegen den Marxismus hatte begonnen, Millionen über Millionen Reichsmark sind den Nazis aus jenen Kreisen zugeflossen und nun war es wieder einmal nichts, die Vermögen wurden nutzlos verschleudert. Aus der Vernichtung der Linken, ist eine Verstärkung der Kommunisten geworden und damit könnte praktisch eine Verstärkung der Arbeiterfront erreicht sein, wenn, ja wenn die Kommunisten praktische Arbeit für das Volk leisten würden.

Der Ausgang der Wahl gibt leider nicht die Möglichkeit eine Regierung auf Weimarer Grundlage zu bilden. Eine Regierung mit Sozialdemokraten, Kommunisten, Zentrum und Bayerische Volkspartei wäre theoretisch denkbar, sie hätte die Mehrheit, aber leider besteht infolge der bisherigen Taktik der Kozijs dazu keine Aussicht. Die Nazis können mit den Deutschnationalen auch keine Regierung zustande bringen, und so besteht leider die Gewißheit, daß die Regierung Papen-Schleicher mit dem Artikel 48 weiter regiert.

Daß der Aufstieg der Nazis zum Stillstand gekommen ist, verdanken wir der unermüdeten Aufklärungsarbeit durch die Eisernen Front. Die Gewaltpolitik gegen Preußen, die Hungerkur, die man den Aermsten auferlegte, haben dem Volke die Gefahr gezeigt, in der es schwebt. Es beginnt nunmehr zu dämmern und es wird Hitler und den Seinen nicht gelingen, weitere Volkskreise in ihren Bann zu zwingen. Die Sozialdemokratie, die wahre Vertretung des arbeitenden Volkes, steht unerschüttert.

Die kurze Regierungszeit Papens hat leider nicht genügt, der Masse des darbenenden Volkes klarzumachen, was eine mit Hitler verbündete Regierung für das Volk bedeutet. Den Nebel, den die Nazis verbreiten, konnte die aufopferungsvolle Arbeit der Vertreter der Eisernen Front noch nicht vertreiben. Der Ausgang der Reichstagswahl zeigt deutlich, daß Verzweiflung und Not den Phrasenhelden günstig sind. Wie der Ertrinkende sich an einen Strohalm klammert, um sich aus der Gefahr zu erretten, so haben auch jetzt wieder Millionen der Aermsten dem Lockruf der Nazis nicht widerstehen können. Sie haben nichts gelernt aus der Verschlechterung ihrer Lage, sie haben nicht erkannt, daß der, der jedem helfen will, niemand helfen kann. Millionen haben sich wieder Hitler und damit seinen schwerkapitalistischen Freunden in die Arme geworfen. Sie haben damit bewußt oder unbewußt sich selbst ihren Familien und ihren Klassengenossen den aller-schlechtesten Dienst erwiesen.

In ihrer Not und Verzweiflung sehen sie noch nicht, daß man die Wirtschaft nicht durch Schlagworte in Gang setzen kann. Sie sehen noch nicht, daß die sogenannten Wirtschaftsführer sich keinen Rat mehr wissen und nur durch völlige Versklavung der Arbeiterschaft glauben, den schwankenden Kapitalismus retten zu können.

Jedoch niemand konnte damit rechnen, daß diese Erkenntnis allen Volksgenossen in wenigen Wochen kommt, und alle die Irregleiteten auf einmal zur Vernunft kommen würden.

Es wird hartnäckige unermüdetliche Aufklärungsarbeit erfordern. Was die Vertreter der Eisernen Front bisher geleistet haben, war gute Arbeit, aber auch nur ein Anfang. Diese Arbeit muß fortgesetzt werden. Und sie wird fortgesetzt werden, bis das gesamte Volk erkennt, daß eine Regierung von Baronen und Re-

Können die Barone und Hitler den Kapitalismus retten? / Von Fritz Tarnow.

Im Jahre 1929 wurden in Deutschland für etwa 75 Milliarden Reichsmark Güter produziert, ohne daß damit die vorhandene Produktionskraft voll ausgenutzt worden wäre. Nach der gegebenen Leistungsfähigkeit wäre auch eine Erzeugung von 80 oder 90 Milliarden sehr wohl möglich gewesen.

In der Gegenwart ist die Jahresleistung der deutschen Volkswirtschaft auf nicht viel mehr als 40 Milliarden zusammengeschrumpft. Unter Berücksichtigung der gesunkenen Preise beträgt der Mengenrückgang mindestens ein Drittel. Warum das? Keine Naturkatastrophe hat uns die Produktionsmöglichkeiten zerschlagen, kein Nachlassen der Arbeitsfähigkeit oder des Arbeitswillens ist die Ursache. Die Sachfaktoren für die Gütererzeugung sind noch im gleichen Umfang vorhanden wie in der Konjunkturzeit. Sind etwa die Menschen zu dem Entschluß gekommen, weniger zu verbrauchen und deswegen die Erzeugung einzuschränken? Ganz im Gegenteil: Alle verzweifeln und lehnen sich auf gegen die sozialen Nöte, die der Einschmelzungsprozess mit sich bringt.

Warum also wird nicht mehr produziert? Warum darben die Menschen und lassen dennoch die Produktionsmöglichkeiten brachliegen? Weil es ihnen die kapitalistische Wirtschaftsverfassung nicht erlaubt. Weil dieses Wirtschaftssystem vollkommen unfähig und unbrauchbar geworden ist und die Menschen sich noch nicht dazu entschließen können, die Wirtschaft auf anderer Grundlage zu organisieren.

Niemals in der mehr als hundertjährigen Geschichte des kapitalistischen Wirtschaftens ist der irrsinnige „Mangel aus Überfluß“ so sichtbar gewesen als heute. Wie in Deutschland, so in der ganzen Welt. Ein ökonomisches Massensterben geht durch alle Volkswirtschaften. Rohstoffe verkommen, Aecker veröden, Fabriken zerfallen, Maschinen verrotten, und die Menschen irren existenzlos und verzweifelt auf den Straßen umher.

In den Getreideländern läßt man massenhaft das Korn verfaulen oder brennt die Felder der reifen Frucht einfach ab, das ist nämlich billiger, als erst noch die Ernte zu bergen, um sie dann wegen Absatzmangel verkommen lassen zu müssen. Die Baumwoll-Organisationen Amerikas haben angeordnet, daß jede dritte Reihe der Baumwollstauden nicht mehr abgerentet werden soll. In Texas sind die Oeltürme von Regierungstruppen besetzt, die alle Quellen gewaltsam geschlossen halten. Die brasilianische Regierung stürzt viele Millionen Sack Kaffee ins Meer oder läßt ihn zu Briketts verarbeiten. Die Kautschukverbände haben einen Pflanzenschädling gezüchtet und in den Plantagen angesetzt, um die Gummibäume zum Verdorren zu bringen.

Aber alle diese und ähnliche Anschläge gegen den übersprudelnden Segen der Natur bringen nicht den erhofften Erfolg. Die unverkäuflichen Rohstoffvorräte werden nicht weniger. Soviel man die Produktion auch abdrosselt, sie bleibt immer noch zu groß, weil der Verbrauch der Völker noch schneller zurückgeht. Mit unerbittlicher Konsequenz arbeitet das System nach den Gesetzen seiner eigenen Mechanik. Einschränkung der Produktion heißt Arbeiterentlassungen und Vernichtung von Kaufkraft. Verminderung von Kaufkraft heißt Absatzrückgang. Absatzrückgang heißt wiederum neue Produktionseinschränkung.

Aus diesem höllischen Zirkel findet das System nicht mehr heraus, und die kapitalisti-

aktionären niemals Volksinteressen vertreten kann. Dem Volke muß der Zusammenhang zwischen Mitleidern und Reaktion näher gebracht werden.

Doch der Bann ist gebrochen. Die Erkenntnis wächst, und mit unermüdetlichem Eifer werden wir dafür sorgen, daß in immer mehr Köpfen Klarheit darüber kommt, zu welchen Zwecken sie als Hitler-Wähler sich haben mißbrauchen lassen. Die Regierung hat Burgfrieden verordnet. Wir werden auch diese Zeit nutzen. Man kann Versammlungen ver-

stehen völlig rat- und hilflos der beispiellosen Zerstörung gegenüber, die der toll gewordene Kapitalismus anrichtet. Im Zeitraum eines Jahres ist der Weltmarkt auf die Hälfte zusammengesunken. Die einzelnen Staaten verkriechen sich vor dem drohenden Untergang hinter dem eingebildeten Schutz erhöhter Zollmauern, radikaler Einfuhrsperren und anderer Handelshemmnisse. Obwohl doch jeder weiß, daß damit das allgemeine Unheil nur noch vergrößert wird. In mehr als zwei Dutzend Ländern ist die Währungsgrundlage teils zusammengebrochen, teils freiwillig verlassen worden. In anderen Ländern wird durch eine Devisenzwangswirtschaft in gleicher Weise der Kreislauf der Weltwirtschaft unterbunden und Bluteare in der eigenen Volkswirtschaft erzeugt. Über den öffentlichen Kassen sind die Pleitegeier ebenso wie über den Unternehmungen der Privatwirtschaft.

Das kapitalistische System steckt in einer so verzweifelten Klemme, daß die Bedingungen für den Übergang zu einem neuen Wirtschaftssystem niemals so günstig waren als heute. Was vom Standpunkt einer normal funktionierenden kapitalistischen Wirtschaft aus unmöglich erscheint, einen schnellen Systemwechsel vorzunehmen, ohne den Wirtschaftsertrag zu schmälern, das ist heute angesichts der Fülle von brachliegender Produktionskraft kein Problem mehr. Soweit es sich nur um die technische und organisatorische Seite der Aufgabe handelt, wäre es kinderleicht, mit den vorhandenen Sachfaktoren die Gütererzeugung und die allgemeine Versorgung sofort zu vergrößern. Die Frage ist nur, ob die politische Entschlußkraft dafür aufzubringen ist, ob es gelingt, die Politik in diese Richtung zu stellen.

Die Papen-Regierung der Barone hat sich mit dankenswerter Offenheit beiläufig, ihren wirtschaftlichen und sozialen Kurs festzulegen. „Anpassung der Verhältnisse an die Armut der Nation“ heißt die Formel und „Abbau des Wohlfahrtsstaates“. Also nicht die Vergrößerung der Versorgung durch

bieten, aber man kann niemals die Aussprache von Mund zu Mund ausschalten. Die Kämpferschar der Eisernen Front wird wachsen. Die bisher mutlos abseits ständen und glaubten dem Verhängnis nicht ausweichen zu können, werden nun gleichfalls hoffnungsvoller werden.

Noch ist der Tag der Vergeltung nicht gekommen, aber er wird kommen, wenn wir es wollen. Und daß wir es wollen, daß wollen wir erneut bekennen mit dem Rufe: Freiheit!

Mobilisierung der produktiven Kräfte, sondern die Anpassung des Elends an die Schrumpfung der Wirtschaft. Nur um das kapitalistische Wirtschaftssystem, dem sie verhaftet ist, nicht antasten zu müssen, ist diese Regierung bereit, die Lebensmöglichkeiten des Volkes zu opfern. Und die Nazis, deren Anhänger und Wähler nach Gregor Straßer von einer „tiefen antikapitalistischen Sehnsucht“ erfaßt sind, haben ebensowenig Zweifel darüber gelassen, daß sie gewillt sind, diesen Kurs zu unterstützen.

Frägt sich nur, wie lange die heute noch irregleiteten Massen an der Nase herumgeführt werden können, bis sie es merken. Früher oder später dürfte dieser Zeitpunkt kommen, und die kapitalistischen Finanziers der Hitler-Bewegung werden sich sicher noch einmal wundern, daß die Saat, die sie austreuen, ganz anders aufgeht, als sie bis heute denken.

Ein ehernes Gesetz der Geschichte fordert einen anderen gesellschaftlichen Ueberbau, wenn die ökonomischen Fundamente sich verändern. Kein Zweifel, wir stehen in einer revolutionären Periode ökonomischen Systemwechsels. Die politische Entwicklung unserer Zeit bewegt sich dazu in einem viel zu unnatürlichen Gegensatz, als daß sie Bestand haben könnte. Das kapitalistische System ist dem Untergang geweiht, und mit ihm sind es die politischen Mächte, die sich in der Entwicklung entgegenstemmen wollen. Kurzfristige Tageserfolge können die Geschichte nicht aus ihrer natürlichen Bahn werfen. Unser ist die Zukunft!

Und welche Manöver auch immer die Verteidiger eines sterbenden Systems noch versuchen mögen, sie können höchstens den Ablauf verzögern, aber nicht verhindern.

Das ist die Zuversicht, in der sich die sozialistische Arbeiterschaft auch durch vorübergehende politische Bedrückungen nicht irremachen läßt. Das ist die Zuversicht, mit der sie den Reichstagswahlkampf führte und darüber hinaus sich für den Einmarsch in die sozialistische Gesellschaftsordnung vorbereitet.

8. Sitzung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Am 21. Juli trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu seiner 8. Sitzung in Berlin zusammen, um zu der durch die Vorgänge in Preußen am 20. Juli geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. An der Sitzung nahmen auch die Bezirkssekretäre teil, die schon am Tage vorher vom Bundesvorstand zu internen Beratungen nach Berlin berufen worden waren.

Die eingehende Aussprache ergab die einstimmige Zustimmung aller Verbandsvertreter zu der von den Spitzenorganisationen aller Richtungen erlassenen Kundgebung an die Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften erblicken in den Ereignissen vom 20. Juli einen weiteren Schritt zur Untergrabung der staatlichen Autorität. Sie legen im Namen der Millionen Deutschen, die in ihren Reihen organisiert sind, schärfsten Protest gegen diese Maßnahmen ein. Offenbar hat die Sorge der Reichsregierung um ihren nationalsozialistischen Anhang, der sich ohne fremde Hilfe gegenüber den gewaltigen Kräften der deutschen Arbeiterbewegung nicht behaupten kann, sie be-

wegen, die preußische Regierung vom Amt zu entfernen, weil angeblich in ihren Händen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nicht mehr gewährleistet sei. Demgegenüber sind die Gewerkschaften der Ueberzeugung, daß die bisherige unparteiische Handhabung der Polizeigewalt in Preußen den Feinden der geltenden Verfassung nicht den erwünschten Spielraum zur Entfaltung ihrer illegalen Kräfte gab.

Die Arbeiterschaft verteidigt die Verfassung und das Recht. Gerade deshalb halten die Gewerkschaften jede unbesonnene Handlung der Arbeiterschaft auch jetzt, wo ihr Rechtsgefühl aufs tiefste verletzt worden ist, für falsch. Der Wahitag am 31. Juli wird allen verantwortungsbewußten Deutschen, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft Gelegenheit geben, ihren staatspolitischen Willen eindeutig zum Ausdruck zu bringen. Diese Willenskundgebung wird zugleich die beste und schärfste Kritik an den Maßnahmen sein, zu denen sich im Gegensatz zu der Auffassung der überwältigenden Mehrheit des Volkes die

gegenwärtige Reichsregierung gegen Preußen berechnigt fühlte.

Das Urteil des Staatsgerichtshofes ist noch nicht bekannt. Bei der Lagerung der Machtverhältnisse ist es durchaus möglich, daß er sich gegen die Rechtsauffassung der Länderregierungen und gegen den Sinn der Weimarer Verfassung auf die Seite der Reichsregierung stellt. Das wird die Gewerkschaften nicht hindern. Seite an Seite mit denen zu kämpfen, die nicht den Buchstaben, sondern den Geist der Verfassung schützen wollen.

Von allen Rednern des Bundesausschusses wurde immer wieder hervorgehoben, daß der Wille zum Siege in den ganzen Jahren der Nachkriegszeit niemals stärker war als in den

letzten Wochen, daß die Opferbereitschaft auch unter den Aarmten der Arbeiterschaft, den Arbeitslosen, in allen Bezirken die höchsten Erwartungen übertrifft. Da der Kampf der deutschen Arbeiterbewegung um ein freies Deutschland mit dem 31. Juli keineswegs abgeschlossen sein wird, ist es doppelt notwendig, die Werbearbeit der Gewerkschaften nicht nur im Zeichen des gewaltigen politischen Kampfes zu führen, sondern mit aller Energie auch und vor allem auf die Stärkung der Organisationen zu konzentrieren, die gesamte deutsche Arbeiterschaft in den Reihen der Gewerkschaften zu sammeln und ihre Widerstandskraft gegen weitere Versuche der Entrechtung von Woche zu Woche zu steigern.

Arbeitsdienstpflicht ist Zwangsarbeit und Sklaverei

Es ist selbstverständlich, daß die ausländische Arbeiterklasse die Entwicklung in Deutschland sehr genau verfolgt. Der Siegeszug der Reaktion wird dort entsprechend gewürdigt. Die „Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung“ Nr. 30 behandelt die Bestrebungen zur Herbeiführung der Autarkie und der Arbeitsdienstpflicht. Es wird dort sehr deutlich ausgesprochen, daß ein durch die Reaktion in Deutschland herbeigeführtes soziales Dumping im Auslande auf energischen Widerstand stoßen würde. Die ausländischen Staaten würden „weder durch ihre eigene Gesetzgebung Maßnahmen ergreifen müssen, um sich zu schützen, oder sie werden sich gewisser Artikel des Völkerbundes und der Charta du Travail erinnern müssen, in denen Zwangsarbeit und Sklaverei gleich behandelt und verboten werden: der Völkerbund wird intervenieren müssen. So oder so — für seinen Export wird Deutschland auch mit dieser neuen Form der Lohnsenkung nichts erreichen.“ Des ferneren wird ausgeführt, daß Deutschland durch die Autarkie absichtlich jenen Zustand wieder herbeiführen wolle, der während der letzten Kriegsjahre geherrscht hat. „Als Hungerlocke wurde jener Zustand während verurteilt, als Autarkie wird er bejubelt. Man finde Selbstmord tue weniger weh und sei gesünder als Mord. Über diese Dinge weiter zu diskutieren, ist völlig unnützlich; der Faschismus arbeitet nicht mit dem

Verstand, sondern mit dem aufgepeitschten Haß. Aber die bescheidene Frage bleibt erlaubt, auf welches Niveau das deutsche Volk heruntergedrückt werden soll, wenn die Solidansätze der Arbeitsdienstpflicht maßgebend werden. Daß damit das deutsche Volk zurückgeworfen wird auf das Lebensniveau des Dreißigjährigen Krieges, hat vielleicht für die, welche heute schon, dank der furchtbaren kapitalistischen Mißwirtschaft, noch schlechter stehen, nichts Furchtbares; für diejenigen aber, welche im Hohenfriedberger Marsch das Symbol deutscher Macht und Größe sehen, wird das Zurückgehen auf diesen Zustand zur Selbstverständlichkeit. Aber es wird immerhin Länder geben, die bewußt im 20. Jahrhundert leben wollen und die es nicht gelüstet, die faschistische Robkur durchzumachen, die daher auch der Mut haben, die Verrücktheit der Arbeitsdienstpflicht abzulehnen, weil sie wissen, daß es sich hier nur um eine andere Form der Zwangsarbeit und der Sklaverei handelt.“

So beurteilt das Ausland die hierzulande lebenden Bestrebungen, welche zur Autarkie einestils und zur Arbeitsdienstpflicht andererseits inuren sollen. Unseres Erachtens mit vollem Recht. Der deutschen Arbeiterklasse erwächst die Pflicht, nicht nur gegenüber sich selbst, sondern auch gegenüber den ausländischen Arbeitsbrüdern, sich gegen eine Verklammerung mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen.

Um die Einheitsfront Einige notwendige Bemerkungen.

Den besten Teil ihrer Kräfte hat die deutsche Arbeiterklasse seit 1918 leider völlig zwecklos in einem unseligen Bruderkampf verbraucht. Ohne sich hier auf eine Untersuchung von bitteren Notwendigkeiten, von Ursachen und Wirkungen einzulassen, sei nur festgestellt, daß die Reaktion in dem Kabinett der Barone die Macht nur ergreifen konnte, weil die Arbeiterschaft sich selbst bekämpfte. Was die freien Gewerkschaften in der Vorarbeit von Generationen mühsam aufbauten, drohte zusammenzusinken.

Seit Jahren haben wir bis zum Ueberdruß bei kommunistischen Demonstrationen das stereotype: „Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten!“ gehört. Wenige Tage nach dem Nazisturm auf das „Vorwärts“-Gebäude in Berlin passierte ein kommunistischer Demonstrationsszug die Lindenstraße. Kein Schmahruf erscholl. Dafür aber klang es weithin schallend: „Der braven und tapferen Vorwärts-Besatzung ein kräftiges, dreifaches Rot Front!“ Und die Reichsbannerkameraden antworten mit dem Kampfruf der Eisernen Front: „Freiheit!“

Dies eine Beispiel mag für viele gelten, weil es symptomatisch ist. Wir begrüßen mit besonderer Genugtuung, daß es auch die kommunistischen Arbeiter sind, die sich mehr und mehr zu der Erkenntnis durchringen, daß in der Abwehr gegen einen brutalen und erbarmungslosen Feind die unnütze Selbstzerfleischung beendet werden muß. An uns soll es nicht fehlen, wenn die Kommunisten es ehrlich wollen.

Indem wir diese zu den besten Hoffnungen berechtigende Feststellung treffen, dürfen wir aber nicht verschweigen, daß in der kommunistischen Parteileitung maßgebende Kräfte wirksam sind, die das an sich vernünftige Bestreben der Parteimitglieder nach einer Einheitsfront anzufangen suchen. Und hier beginnt unsere Auseinandersetzung mit den Aposteln der KPD-Führerschaft, die fortgesetzt nach einer Einheitsfront rufen.

Es ist ein gewaltiger Unterschied zwischen dem spontan von unten sich äußernden Willen zu einheitlicher Abwehr und einer von oben kommandierten Einheitsfront. Wer ehrlich die Einheitsfront will, darf unbeschadet der bestehenden Gegensätze in parteipolitischen Hinsicht nur eine Voraussetzung dafür anerkennen: den Willen, erst einmal den gemeinsamen, erbarmungslosen Feind der deutschen Arbeiterklasse zu schlagen. Man sollte meinen, daß damit eine glatte Selbstverständlichkeit ausgesprochen ist.

Dagegen sind die Anweisungen der kommunistischen Zentralinstanzen an die Kleinsten Organisationszellen zur Bildung einer antifaschistischen Einheitsfront m. d. Anweisung belastet, die sozialdemokratischen Arbeiter von ihrer Partei zu trennen und für die KPD einzufangen. Damit wird eine Lebensfrage der deutschen Arbeiterklasse zu einem Parteigeschäft gemacht. Der Selbstzweck der Einheitsfrontparolen der kommunistischen Führung wird offenbar. Der unzweifelhaft ehrliche Wille kommunistischer Arbeiter zu einer einheitlichen Abwehraktion wird mißbraucht, weil man in dem ebenso ehrlichen Verständigungswillen sozialdemokratischer Arbeiter eine geeignete psychologische Voraussetzung sieht, in die SPD und in die Ge-

werkschaften eine Brücke zu schlagen. Für die KPD-Führung scheint also jetzt viel wichtiger als der Kampf gegen den Faschismus der Kampf gegen die „Hauptfeinde“ Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu sein.

Wir übertreiben nichts. Hier der Beweis: Am 14. Juni richtete der „Vorwärts“ in der Wiedergabe einer Rede des Berliner Parteivorsitzenden der SPD, Künstler, folgende offizielle Frage an die KPD:

„Sind die kommunistischen Führer bereit, um den Faschismus, diesen Todfeind der Arbeiterklasse, zu schlagen, während des Reichstagswahlkampfes sich dafür einzusetzen, einem Burgfrieden zwischen SPD und KPD zuzustimmen? Das heißt, alle

Die Neuregelung der Mietbeihilfen in Preußen

Von Obermagistratsrat Gärtner, Bunzlau.

Die preußische Hauszinssteuerverordnung sah vor, daß bei Mietwohnungen, soweit deren Nutzungsberechtigte die volle gesetzliche Miete nicht zahlen konnten, von der Hauszinssteuer befreit wurden. Diese Vorschriften sind durch die preußische Verordnung zur Sicherung des Haushalts vom 8. Juli 1932 mit Wirkung vom 1. Juli 1932 aufgehoben.

Die Unterstützung hilfsbedürftiger Mieter obliegt künftig den Bezirksfürsorgeverbänden (Wohlfahrtsämtern) nach Maßgabe der Fürsorgepflichtverordnung und den von den Bezirksfürsorgeverbänden noch zu erlassenden Richtlinien. Solange die Bezirksfürsorgeverbände Mietbeihilfen nach den neuen Bestimmungen nicht gewähren können, gilt als Übergangsregelung zur Vermeidung von Härten das bisherige Verfahren der Hauszinssteuerstundung. Die technische und praktische Durchführung der Mietbeihilfen obliegt den Bezirksfürsorgeverbänden. Ihre Organe (Magistrate oder Kreisaußenamt) haben entsprechende Richtlinien aufzustellen. Bei der Aufstellung dieser Richtlinien soll nicht Kleinlich verfahren werden. Sie werden folgende Grundsätze enthalten:

1. Mietbeihilfen werden grundsätzlich nur auf Antrag und nach erfolgter Prüfung der Hilfsbedürftigkeit gewährt.
2. Bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit sind die Grundsätze der Fürsorgepflichtverordnung anzuwenden. Maßgabe, daß das Einkommen der in der Familiengemeinschaft wohnenden Angehörigen zuzurechnen ist.
3. Eine Mietbeihilfe wird nur an den Nutzungsberechtigten gewährt.
4. Im Falle der allgemeinen und gehobenen Fürsorge ist für den Wohnungsaufwand ein Mietanteil von 20 Prozent enthalten.
5. In den Fällen der Krisenunterstützungsempfänger mit selbständiger Wohnung erhalten eine Mietbeihilfe, wenn die tatsächlich zu zahlende Miete 20 Prozent ihrer Monatsunterstützung übersteigt und Hilfsbedürftigkeit vorliegt.
6. Soweit der Richtsatzmietanteil durch die tatsächlich zu zahlende Miete überschritten wird, ist der Differenzbetrag zwischen Richtsatzmietanteil und Miethöhe nach Maßgabe folgender Grundsätze als Mietbeihilfe zu gewähren:
 - a) die zu gewährende Mietbeihilfe soll in der Regel den Betrag nicht überschreiten, welchen der Mieter bisher durch das Steueramt an Hauszinssteuerstundung erhielt;

Angriffe sind zu drosseln, ja, sollen bis zum 31. Juli unterbleiben.“

Die Antwort lautete in einem Leitartikel der „Roten Fahne“ von Thälmann am 25. Juni also und wörtlich:

„Antifaschistische Aktion — das heißt unermüdete tägliche Entlarvung der schändlichen Verräterrolle der Führer der SPD und des ADGB, die sich gerade jetzt als die schmutzigsten Helfer des Faschismus offenbaren.“

„Schmutzige Helfer des Faschismus!“ Dieses massive Prädikat ist lächerlich, einfüchtig und zu töricht. „Schmutzigste Helfer des Faschismus?“ Wir brauchen nicht erst auf den „roten Volksentscheid“ unter Sowjetstern, Stahlhelm und Hakenkreuz hinzuweisen. Im neuen Preussischen Landtag verfügen bekanntlich die Nationalsozialisten mit den Kommunisten über die absolute Mehrheit. Und hier sieht die kommunistische „Antifaschistische Einheitsfront“ praktisch so aus:

Noch jetzt brächte die kommunistische Fraktion im Landtag einen Mißtrauensantrag gegen das geschäftsführende Kabinett Braun-Severing ein, um zusammen mit den Nationalsozialisten eine Regierung zu stützen, deren Nachfolgerin ein reines Faschistenkabinett mit absoluter Verfügungsgewalt über die Polizei wäre.

Noch in den allerletzten Tagen stimmten im Landtag, nur aus fanatischem Haß gegen die Sozialdemokraten, die Kommunisten einem Nazi-Antrag zu, der ausgerechnet diejenigen Polizeioffiziere, die sich gegen Angriffe nationalsozialistischer Mobs energisch zur Wehr setzten, aus der Berliner Polizei entlassen und bestrafen will.

Ohne Schimpferei sind diese Hinweise auf den Unterschied zwischen den Worten und den Taten der kommunistischen Führer unsere Entgegnung, unsere Auseinandersetzung mit den „ehrlichen Einheitsfrontbestrebungen“ der kommunistischen Parteileitung.

Viele Tausende von kommunistischen Arbeitern verstehen jetzt allerdings besser die Zeichen der Zeit als im Juni. Das genügt deshalb die Feststellung, daß die Einheitsfront marschiert. Ein dicker Blutstrom rinnt seit Aufhebung des SA-Verbotes durch Deutschland. Das vergossene Blut kittet fester als Parteiparolen. Das Gefühl der Klassenverbundenheit ist erwacht und damit ist auch zugleich die Dämmerung des unseligen Bruderkampfes angebrochen. Wenn der Terror blutigeren Hasses durch die Straßen rast, wenn Opfer über Opfer fallen, wenn Partei- und Gewerkschaftshäuser gestürmt und zerstört werden, gibt es wichtigere Aufgaben als „unermüdete tägliche Entlarvung der Sozialdemokratie“.

Jeder Arbeiter, der nur von dem heißen Wunsch beseelt, die Reaktion zu schlagen, diese Methoden zur Bildung einer Einheitsfront ablehnt, reiht sich von selbst ein in eine wahre Einheitsfront tatkraftiger Abwehr. Das kann nur die Eisernen Front sein. Deshalb gilt jedem unbekanntem Soldaten im Kampf gegen die blutige Konterrevolution unser Kampfgruß:

Freiheit!
Otto Meyer, M. d. L.

oder der Richtsatz der gehobenen Fürsorge um 15 Prozent überschritten wird. (Vgl. unser Beispiel.)

Ein ungelerner Arbeiter, verheiratet, mit 2 Kindern, hat bei einem Monatslohn von 105,— RM eine Monatsmiete von 40 RM aufzubringen. Nehmen wir an, daß für diese Familie der Richtsatz der gehobenen Fürsorge 85,— RM pro Monat beträgt, so wären zu diesem Richtsatz für den notwendigen Mehraufwand noch 15 Prozent gleich 12,75 RM hinzuzurechnen. Die Richtsatz- oder Bedürftigkeitsgrenze würde dann im vorliegenden Falle 97,75 RM betragen. Die monatliche Mietbeihilfe wird wie folgt errechnet: 20 Prozentiger Mietanteil von 105,— RM Monatslohn = 21,— RM. Da der Arbeitslohn von 105,— RM mit 7,25 RM über der Bedürftigkeitsgrenze von 97,75 RM liegt, muß die Familie aus eigenen Kräften 21,— RM + 7,25 RM = 28,25 RM aufbringen. Die noch verbleibende Differenz zur Miethöhe von 40,— RM = 11,75 RM ist als Mietzuschuß zu gewähren.

Daß bei der Gewährung von Mietbeihilfen nicht engherzig zu verfahren ist, fordert der preussische Minister für Volkswohlfahrt in seinem Erlaß vom 28. Juli 1932. Es heißt dort u. a.: „Der von der Mehrzahl der Bezirksfürsorgeverbände für die Befriedigung des Unterkunftsbedürfnisses bestimmte Teil von 20—30 Prozent des Richtsatzes kann nur einen bescheidenen Wohnbedarf decken. Ein darüber hinausgehender Mietbedarf soll nicht zur Folge haben, daß Mietbeihilfen nur ausnahmsweise geleistet werden. Vielmehr werden je nach Lage des Einzelfalles die Richtsätze mit Rücksicht auf einen höheren Mietbedarf zu überschreiten sein. Insbesondere wird der tatsächliche Wohnungsaufwand solange zu berücksichtigen sein, als er tatsächlich oder rechtlich unabweichlich ist. (Vgl. Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts v. 20. Januar 1932, V. 12. 1932, V. 12. 1932, V. 12. 1932, S. 20/21).“

Der hilfsbedürftige Mieter muß bei der zuständigen Fürsorgestelle den Antrag auf Mietbeihilfe stellen. Gegen einen ablehnenden Bescheid kann der Mieter Einspruch beim Wohlfahrtsamt einlegen. Zu diesem Einspruch ist der Fürsorgebeirat des Wohlfahrtsamtes zu hören. Befriedigt auch der zweite Bescheid nicht, so kann der hilfsbedürftige Mieter gegen die Entscheidung des Wohlfahrtsamtes beim Bezirksausschuß das Rechtsmittel der Beschwerde einlegen. Dieser entscheidet endgültig.

Ein ungenügendes Arbeitsbeschaffungsprogramm

Die deutsche Reichsregierung hat nun endlich ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm bekanntgegeben. Auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft und des Straßenbaues sollen nach und nach Arbeiten in Gang gesetzt werden, die 100 000 Arbeiter im Jahr beschäftigen. Insgesamt werden dafür 110 Mill. RM ausgeworfen. Hiervon entfallen 50 Millionen auf den Bau von Wasserstraßen und 60 Millionen auf den Bau von Landstraßen. Die Arbeiten werden in der Hauptsache als Notstandsarbeiten durchgeführt. Aber auch der freiwillige Arbeitsdienst soll mit eingeschaltet werden. Man beabsichtigt das Arbeitsbeschaffungsprogramm in kleinen Teilabschnitten zur Durchführung zu bringen. — Es hat lange gedauert, ehe sich die auf anderen Gebieten so forschende Regierung an das wichtigste Problem, die Milderung der Arbeitslosigkeit, heranwagte. Die Regierung Brüning hatte bekanntlich ein Arbeitsbeschaffungsprogramm entworfen, welches die Beschäftigung von etwa 600 000 Arbeitern für ein Jahr vorsah. Der Kern des Arbeitsbeschaffungsprogrammes der alten Regierung war die ländliche Siedlung. Davon ist heute nicht mehr die Rede. Die neue Regierung hat verhindert, die ländliche Siedlung weiter zu vervollkommen. Was sie jetzt laut verkündet, ist nur ein kleiner Teil dessen, was die alte Regierung durchzuführen bereit war. Das muß festgestellt werden. Im übrigen müssen wir abwarten, was selbst von dem bescheidenen Programm noch zur Durchführung gelangt.

Arbeitslose von der Rundfunkgebühr befreit

Den eifrigen Bemühungen des Vertreters der SPD, dem Genossen Dr. Hertz im Verwaltungsrat der Reichspost, ist es gelungen, die Arbeitslosen von der Rundfunkgebühr zu befreien. Bisher konnten nur diejenigen befreit werden, deren Bedürftigkeit durch den Bezug der Krisenunterstützung erwiesen war. Nunmehr sind alle Arbeitslosen, soweit sie Unterstützung beziehen, von der Gebührenzahlung befreit. Die amtliche Mitteilung hierüber lautet wie folgt: „Mit Wirkung vom 1. August 1933 können die Postämter die Rundfunkgebühren unter den bisherigen Bedingungen auf Antrag auch Arbeitslosen erlassen, denen die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung nach Ablauf von 36 Tagen (6 Wochen) wegen Hilfsbedürftigkeit gewährt wird. — Ferner dürfen die Postämter Arbeitslosen, denen die Rundfunkgebühren nach den bestehenden Bestimmungen erlassen werden können, den Erlaß der Rundfunkgebühren auch dann gewähren, wenn die Arbeitslosen im freiwilligen Arbeitsdienst Verwendung finden und die Vergütung für diese Beschäftigung nicht höher ist als die ihnen sonst aus der Arbeitslosenunterstützung zustehende Unterstützung.“ Dieser Erfolg ist zu begrüßen. Die arbeitslosen Rundfunkhörer können dem Vertreter der SPD im Verwaltungsrat der Reichspost dafür dankbar sein. In der Zeitschrift „Volksfunk“ Nr. 29 befindet sich der Vordruck eines Antrages, der nur ausgefüllt in den Briefkasten geworfen zu werden braucht.



Konjunkturelles aus der deutschen Glasindustrie

Nach dem scharfen Rückschlag um die Jahreswende hat sich der Beschäftigungsgrad der Glasarbeiter konjunkturell nur wenig verändert. Im April waren 44 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder gegenüber 52,2 Proz. im November und 56,3 Proz. im April 1931 vollbeschäftigt. Das Produktionsvolumen hat seit Januar dieses Jahres leicht zugenommen. Die Schrumpfung seit dem letzten konjunkturellen Höchststand von Anfang 1928 beläuft sich allerdings auf fast 50 Proz.

Die Erzeugung von Verbrauchsglas (Hohlglas einschließlich Flaschen) erreichte bereits Anfang 1928 ihren Höhepunkt. Im Einvernehmen mit dem Handel wurde das Produktionsvolumen innerhalb weniger Monate um rund 20 Proz. vermindert. Auf diesem Stand hielt es sich bis in das Jahr 1930 hinein. Seit dem Jahre 1930, wo durch die unverständlichen Lohnabnahmemaßnahmen die Kaufkraft der breiten Masse ganz bedeutend sinken mußte, hat in der Verbrauchsglasindustrie der Konjunkturabschwung erst mit voller Schärfe eingesetzt. Im Verlauf der letzten zwei Jahre hat sich das Produktionsvolumen nochmal fast um die Hälfte vermindert; gegenwärtig deutet nichts darauf hin, daß der Tiefstand bereits überwunden wäre.

Diese Entwicklung in der Verbrauchsglasindustrie rechtfertigt die Auffassung der Arbeitnehmer-Vertretung, die dieselben bei den Lohnabnahmemaßnahmen in der Vergangenheit eingenommen und vertreten haben zu 100 Prozent. Schrumpfung der Kaufkraft der breiten Masse bedeutet Schrumpfung des Produktionsvolumens in der Verbrauchsglasindustrie.

Die Flachglasproduktion hat sich zweifellos ohne ganz anders entwickelt. In Zusammenhang mit der bis 1929/30 lebhaften Bautätigkeit und der zunehmenden Beliebtheit, die Tafelglas als Werkstoff fand, hat die Erzeugung bis 1930 rasch zugenommen. Der Zusammenbruch des Baumarcktes hatte Anfang 1931 eine scharfe Produktionsbeschränkung (in wenigen Monaten um fast ein Drittel) zur Folge. Bemerkenswert ist, daß seit dieser Zeit die Produktion von Tafelglas im Gegensatz zur weiteren Schrumpfung des Baumarcktes nur noch sehr langsam zurückgegangen ist.

Die Verschiedenheit der Produktionsentwicklung in der Verbrauchsglas- und der Flachglasindustrie hat die Zusammensetzung der jährlichen Gesamtzeugung ganz beträchtlich verändert. Während Verbrauchsglas im Jahre 1928 mit rund 3/4 an der Gesamtproduktion beteiligt war, beträgt der entsprechende Anteil gegenwärtig noch nicht ganz 1/2. Es handelt sich zweifellos um Wandlungen, die nicht allein auf die Entwicklung des Binnenmarktes abhängen, sondern auch auf Verschiebungen im Export zurückzuführen sind.

Verglichen mit Belgien, Großbritannien oder auch Frankreich war an der deutschen Glasausfuhr bis in die letzten Jahre Flachglas wenig beteiligt. Vielmehr standen statt dessen typische Verbrauchsgläser im Vordergrund, die meist im arbeitsintensiven Produktionsverfahren hergestellt, auf dem Weltmarkt mit den Erzeugnissen der tschechisch-slowakischen und japanischen Glasindustrie konkurrieren mußten und auch konkurrieren konnten. Alle Behauptungen von Glasindustriellen, die beweisen sollten, daß die angeblich niedrigeren Löhne in der Tschechoslowakei und in anderen Ländern Schuld daran seien, daß die Exportfähigkeit von Verbrauchsgläsern immer geringer für die deutsche Verbrauchsglasindustrie sich gestaltet, waren und sind falsch. Vielmehr haben auch hier die Arbeitnehmervertreter recht behalten, die behaupteten, daß auch im Auslande die Schrumpfung der Massenkaufrkraft die Hauptursache an der Exportbeschränkung für die deutsche Verbrauchsglasindustrie ist.

Nachdrücklich hat nun im Rahmen der deutschen Glasausfuhr Flachglas an Bedeutung stark gewonnen. Damit hat sich der Konkurrenzkampf um den Weltmarkt innerhalb der deutschen Glasindustrie auf eine kapitalkräftigere Sparte der Glasindustrie verschoben.

Daß eine Umstellung in der Exportmöglichkeit der deutschen Glasindustrie bereits stattgefunden hat, zeigt die Entwicklung der Exportmengen. Während die Ausfuhr von Verbrauchsglas seit 1929 um etwa ein Drittel zurückgegangen ist, konnte die Ausfuhr von Flachglas um etwa 50 Proz. gesteigert werden. Auch hat sich Flachglas in den letzten Monaten besser als alle übrigen Glassorten behauptet.

Auf Grund dieser Tatsache, Möglichkeit der Exportsteigerung in Flachglas in Deutschland, selbst wenn man die beträchtliche Ausfuhr an optischen Waren außer Betracht läßt, zur Zeit der große Glasexporteur der Welt.

Welche Aussichten in bezug Erweiterung des Produktionsvolumens für die deutsche Glasindustrie im allgemeinen und für die Verbrauchsglasindustrie im besonderen bestehen für die Zukunft?

Es kann wohl behauptet werden, daß die Nachfrageverhältnisse auf dem Inlandmarkt sich zunächst nicht bessern werden. Zweifelsfrei steht eine Zunahme der Nachfrage der fortschreitenden Einkommensschrumpfung der breiten Masse, die bedingt durch die falsche Lohnpolitik der letzten Jahre ist, entgegen. Alle möglichen und unmöglichen, ja sogar un sinnigen Preisunterbietungen von seitens der Industrie gegenständig werden nichts daran ändern können. Diese werden die Industrie über kurz oder lang (wie man im Hüttenlargon zu pflegen sagt) vor die Hunde bringen. Was zu tun ist, müßten diejenigen, die

Wirtschaftsführer auch in der Glasindustrie sein wollen, schon längst wissen.

Wie sieht es mit der Steigerung des Exports für Verbrauchsglas aus? In einem Artikel in der „Glashütte“, Nr. 27, Seite 462, sind einige erfreuliche und recht aussichtsreiche Mitteilungen enthalten. Nach diesen Mitteilungen konnte der Glaswarenexport, besonders der deutschen Verbrauchsglasindustrie, eine Zunahme des Ausfuhrertrages im ersten Viertel des Jahres 1932 erzielen. In erster Linie ist es möglich gewesen, die Ausfuhr nach Belgien, speziell in naturfarbenen und weißen Flaschen aller Art, sowie in weißen, ungeschliffenen Wirtschaftsgläsern, Schalen, Dosen, Vasen und ähnlichen Gebrauchsgegenständen im ersten Viertel des laufenden Jahres der Menge nach um rund 97 Prozent gegenüber demselben Zeitraum des Vorjahres zu steigern.

Auch die Ausfuhr für Flaschen, sowie für billige weiße und farbige Wirtschaftsgläser nach Holland und der Schweiz konnte bedeutend gesteigert werden. Recht günstig hat sich das englische Geschäft mit billigen weißen und halbweißen Beleuchtungsglä-

Neue Farbengläser aus seltenen Erden

In der Entwicklung der Glasindustrie zeigt sich die interessante Erscheinung, daß die Herstellung des Glases, die schon Jahrtausende hindurch betrieben wurde, erst eigentlich in unserer Zeit das Interesse wissenschaftlicher Forschung erweckt hat. Aber diese Tatsache erklärt sich leicht, wenn man bedenkt, daß für Verfahren, die geeignet sind, Bedürfnisse zu befriedigen, lange Zeit die auf empirischer Weise gefundenen Arbeitsmethoden genügen und den damit Beschäftigten keine Zeit zu Forschungen lassen.

Erst im 19. Jahrhundert begann langsam auch in der Glasindustrie die wissenschaftliche Vertiefung ihren Einfluß geltend zu machen. Die Empirie konnte die auftretenden Probleme nicht mehr meistern, und in der Herstellung optischer Gläser wurden die ersten Erfolge auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Glasforschung erzielt. Man lernte auch die Zusammensetzung der Farbgläser kennen, sie wissenschaftlich zu erforschen und in den Dienst der Heilkunde stellen. So wurde z. B. durch Versuche festgestellt, daß Ultraviolett und Purpur im Gegenspiel ihrer Kräfte Epithelien und ähnlichen Schwermerevenkranken gute Dienste leisteten. Rot- und Blauglas wurden für die Bestrahlungen bei Tuberkulose, Kropf- und ähnlichen Krankheiten verwendet und das ultraviolette Glas ist in seiner Bedeutung schon oft gewürdigt worden.

Vor einiger Zeit hat nun Professor Weidert in seinem Laboratorium in der Technischen Hochschule zu Berlin Gläser gezeigt, die durch Verwendung seltener Erden die Eigenschaft besitzen, gewisse Farben zu absorbieren und

waren entwickelt. Großbritanniens Import dieser Erzeugnisse aus Deutschland verzeichnete in den ersten drei Monaten 1932 eine Mengenzunahme von nicht weniger als 27 Prozent gegen das Vorjahr.

Erwähnt sei noch, daß schließlich zwei Ueberseemärkte, und zwar die Südafrikanische Union und Niederländisch-Indien, im ersten Viertel des laufenden Jahres vornehmlich für naturfarbige, weiße und halbweiße Flaschen aller Art größere Absatzmöglichkeiten böten. Allein in naturfarbigen Stand-, Pack-, Tinten-, Parfümerie- und anderen Flaschen bezog die Südafrikanische Union in dieser Zeit mengenmäßig rund 97 Prozent mehr aus Deutschland als in demselben Zeitalterschnitt des letzten Jahres.

Hoffentlich sind diese Erscheinungen nachhaltig und tragen dazu bei, den Arbeitern in der deutschen Glasindustrie bossere und lohnendere Beschäftigung zu verschaffen, wodurch das Heer der Arbeitslosen, fleißigen deutschen Glasarbeiter vermindert werden kann.

Notwendig ist es auch, daß durch politische Ereignisse das langsam erwachende Vertrauen des Auslandes zur deutschen Glasindustrie keine Störung erfährt. M. Erlor.

die Farbenunterschiede zu steigern, wie dies z. B. in der Photographie durch Verwendung der bekannten Gelbfilter geschieht. Die Wirkung solcher Farbengläser wurde auch bereits im Kriege zu Geheimsignalen benutzt. Denn wenn man sie vor eine Lichtquelle schaltete, konnte man mit bloßem Auge keinen Unterschied wahrnehmen. Nur mit einem entsprechenden Apparat waren Zeichen zu bemerken.

Welche überraschenden Effekte sich aber erzielen lassen, zeigte der weitere Ausbau der Erfindung durch Professor Weidert. Beim Betrachten farbiger Gegenstände durch die Gläser werden die Farbenunterschiede ganz unheimlich gesteigert. Eine hellrote Ziegelwand erscheint dunkelrot, mattgrüne Pflanzen im kräftigen Grün, so daß also die Möglichkeit besteht, daß Menschen mit schwacher Farbensensibilität beim Betrachten durch diese Gläser Farben erkennen, die sie sonst nicht wahrnehmen.

Auch für die wissenschaftliche Forschung bieten diese Gläser große Zukunftsaussichten. Die praktische Verwertung und Ausnutzung der Erfindung von Professor Dr. Weidert kommt aber zunächst in den Kunstgläsern treffend zum Ausdruck, die als Moser-Gläser hergestellt werden.

Diese Gläser, die wir bei Professor Weidert sahen, zeigen fast alle Farben, die sie aber wechseln je nach der Dicke des Glases und nach der Betrachtung bei Tages- oder Kunstlicht. Ein wunderbares Farbenspiel erfreut das Auge, immer wechselnd und immer neu und interessant Nuancen zeigend.



Neues aus Sorau

Wegen Nichtbeachtung der tariflichen Bestimmungen für die Errechnung der Stückpreise und der Berechnung des Goldverbrauchs in der Malerei, hatte sich das Gauschiedsamt am 2. Juni mit der Betriebsleitung der Porzellanfabrik Carstens in Sorau (Direktor Voß) zu beschließen.

Die Firma wurde verpflichtet, die Stückpreise nach dem Tarifvertrag § 21 zu errechnen. Eine sich ergebende Nachzahlung soll ab 1. Januar 1932 geleistet werden.

Zu der Errechnung des tatsächlichen Goldverbrauchs besagt die Entscheidung, daß bei sämtlichen Artikeln, die in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1932 mit billigerem Gold dekoriert wurden, für das Maler jedoch ab 1. Juli 1931 den hohen Preis weiter bezahlen mußte wie für das vorher gelieferte wertvolle Gold, ebenfalls die Preise neu und ordnungsgemäß nach dem Tarifvertrag zu bestimmen seien. Die Differenz für den Mehrverbrauch für dieses Vierteljahr muß den Malern nachgezahlt werden. In Zukunft muß der Vorkaufspreis gemäß § 23 des RTV. errechnet werden, d. h., auf jeden Fall darf die Firma als Zwischenhändler keinen Nutzen von dem Goldverkauf an die Maler haben.

Durch das Urteil des Gauschiedsamtes wird bestätigt, daß arge Verletzungen des RTV. in Sorau infolge der einseitigen Festsetzung von Stückpreisen ohne Mitteilung der Preiskommission oder durch die Nichtbeachtung deren Ansprüche bestanden. Die Vertreter der Firma konnten nicht bestreiten, daß durch den falsch berechneten Goldverbrauch die im Akkord tätigen Maler bei Golddekoren trotz 48stündiger Arbeitszeit in den Wochen vom Januar bis April mit ihren Verdiensten beträchtlich unter den Richtlohnsätzen des Tariffes gelegen haben. Der Richtlohnsatz ergibt für Sorau bei 48stündiger Arbeitszeit den Betrag von 34,08 RM in der Woche. Ein Verdienst, der wahrlich in der äußersten Grenze des Möglichen für gelehrte Arbeitskräfte liegt. Dieser Satz ist in den wenigsten Fällen erreicht worden. Unterverdienste von wöchentlich 2, 6, 8, 12, ja selbst bis zu 27 RM sind aus den Lohnbüchern festzustellen. Daß mit solchen Verdiensten die Bestreitung der Lebensnotwendigkeiten kaum möglich ist und

die Kaufkraft immer mehr sinkt, weiß jeder. Alle Versuche der Betriebsvertretung und der Kollegenschaft, ordnungsgemäße Zustände herbeizuführen, sind an den anmaßenden und verletzenden Gebahren der Betriebsleitung gescheitert. Nur mit Hilfe des Gauschiedsamtes konnte die Plattform zur tariflichen Verdienstmöglichkeit geschaffen werden.

Die Frage ist nun, sind denn jetzt die Verhältnisse entsprechend den Bestimmungen des Tarifvertrages geregelt? Haben alle geschädigten Maler ihre Nachzahlung zum Vordienst und zum Mehrverbrauch von Gold erhalten, oder besteht immer noch Anlaß zur Klage, auch hinsichtlich der Behandlung?

Dazu ist zu bemerken, daß die Betriebsleitung, insbesondere der Direktor Voß, gegen die Entscheidung keinen Einspruch erhoben, dies also anerkannt hat, und sie damit rechtskräftig geworden ist. Aber Voß hat wieder zu seinen alten reaktionären Mitteln gegriffen. Er hat gegen die Maler nach Bekanntwerden des Schiedsspruches in der vorverpflichteten Weise gewütet. Beleidigungen, Kündigungen und Entlassungen hat es gegeben. 17 Maler wurden entlassen. Die Arbeitszeit wurde sofort auf 24 Stunden in der Woche herabgesetzt, um die Arbeiter kirro zu kriegen. Als weitere Druckmaßnahme hat man Anfang Juli die Stilllegung des Betriebes, angeblich wegen Auftragsmangel, beim Regierungspräsidenten angezeigt. Seit Anfang Juni sind einige 80 Personen zur Entlassung gebracht worden, ohne daß man der Behörde einen Antrag auf Stilllegung des Betriebes eingereicht hätte. Es sind also Spannungen und Differenzen in reichlichem Maße in Sorau vorhanden. Zur Wahrung der Rechte der Entlassenen wird das Arbeitsgericht in Anspruch genommen werden müssen. Sorau ist also nach wie vor ein Klageherd.

Alle Kollegen im Reich werden deswegen gebeten, sich nicht nur zur Zeit, sondern auch später wegen der Verhältnissen in Sorau an die Zahlstelle Sommerfeld, oder an die Gauloitung nach Dresden in eigenem Interesse zu wenden.

Tschechoslowakei

Von unserem Bundesverband aus der Tschechoslowakei erhalten wir die Nachricht, daß auch bei ihnen Lohnabbauverhandlungen

Der Grund für diese Farbenphänomene liegt darin, daß die Gläser einen Teil des Lichtes absorbieren, was im Spektrum nachzuweisen ist. Die Wirkung der verschiedenen Gläser wird durch die Zusammensetzung bei der Glasschmelze bestimmt, und zwar sind die wesentlichen Bestandteile der neuen Farbengläser seltene Erden, wie namentlich Neodym und Praseodym, die von Dr. Auer von Welsbach entdeckt wurden. Bereits 1918 ließ Weidert solche Gläser in den Söndlinger Optischen Werken schmelzen, und die Fortsetzung seiner Arbeiten im Kaiser-Wilhelm-Institut für Silikatiforschung hat jetzt zu den vorliegenden praktischen Ergebnissen geführt, deren Wirkungen so überraschend sind.

Die Verwendung der neuen Farbengläser als „Wunderglas für Farbenblinde“, von der einzelne Berichterstatter der Tagespresse in sensationellen Überschriften schwärmten, ist allerdings noch Zukunftsmusik. Aber wie schon bemerkt, die Möglichkeit ist gegeben und vorläufig kann man sich freuen, daß Resultate wie die Moser-Gläser, die als Alexanderit und Heliohit bezeichnet werden und durch ihre Namen auf die seltenen Erden hinweisen, geschaffen werden konnten. Fritz Hansen, Berlin.

Tarifaufkündigung in der deutschen Flaschenindustrie

Die Geltungsdauer der letzten Lohnverträge in der deutschen Flaschenindustrie war bekanntlich laut Schiedsspruch vom 2. Mai 1932 zum 31. August 1932 festgelegt.

Die Vereinigung deutscher Flaschenfabriken hat nun nach Beschluß einer Mitgliederversammlung zum erstmaligen Termin sämtliche Lohnverträge aufgekündigt. Vorschläge zur Neuregelung der Verträge sollten später überreicht, respektive bei den offiziellen Verhandlungen in kleinem Kreise durchgesprochen werden.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Flaschenindustrie seien in den letzten Monaten so schwierig geworden, daß leider die Verträge aufgekündigt werden müßten. Diese Begründung haben wir in einer geführten Besprechung mit dem Vertreter der Vereinigung deutscher Flaschenfabriken unter dem Hinweis, daß auch die Lohnherabsetzungen in den letzten zwei Jahren nicht zur Steigerung der Produktion geführt haben, ablehnen müssen. Geht das Kaufkraftmorden durch die Lohn- und Gehaltssenkung weiter, dann muß automatisch die fast vollkommene Stilllegung der Industrie eintreten.

Trotz der Ratschläge, die wir fortgesetzt geben und die auch in letzter Zeit von maßgeblichen Industriellen (siehe Bösch) unterstützt werden, hat man auch in Kreisen der Flaschenindustriellen nichts aus der verflorbenen Zeit gelernt oder waren etwa politische Motive für die Aufkündigung der Verträge mit maßgebend?

Die Heilverkünder des Dritten Reiches wollen die Verhältnisse der Nation zurückrevidieren um die Jahrhundertwende. Vom wirtschaftlichen und kulturellen Weibliche ist der Geist dieser Weisen bestimmt nicht getrübt. Wir nehmen zur Ehre der Flaschenindustrie an, daß sie sich von solchen Arbeiterfeinden bei ihren Entschlüssen bestimmt nicht treiben lassen. Weitere Lohnherabsetzungen sind, wie wir auch in Verhandlungen beweisen werden, für die Flaschenglasarbeiter nicht zu ertragen.

stattgefunden haben, die jetzt zum Abschluß gekommen sind. Die neuen Abmachungen treten am 13. Juli in Kraft.

Die Arbeitgeber begründeten ihre Lohnabbauabsicht mit der katastrophalen Lage der Betriebe, mit den rückläufigen Bewegungen und den Betriebsverlusten im vergangenen Jahr. Ohne Aufkündigung des bestehenden Kollektivvertrages wurde die neue Regelung durch Verhandlungen abgeschlossen. Die Arbeitgeber verlangten eine Herabsetzung der Löhne bei den Akkordarbeitern um 12 1/2 Proz., bei den Stundenlöhnern um 7 1/2 Proz. Außerdem sollten die im Februar 1931 über das Gesetz hinausgehenden und vereinbarten Urlaubsvorgünstigungen nahezu gänzlich abgebaut werden. Daneben ließen die Verhandlungen erkennen, daß man auf Unternehmensebene die Vertragslöhne am liebsten zu Höchstlöhnen gestalten möchte.

Das neue Abkommen bedeutet nicht in allen Fällen einen Lohnabbau, im Gegenteil ist durch den Vertragsabschluss z. B. der erste Lohnabbau vom 15. Februar 1931 von 4 Proz. für die Stundenlöhner wieder rückgängig gemacht worden. Bei den Akkordarbeitern darf nur dort abgebaut werden, wo der Effektivverdienst den vertraglichen Mindestlohn vom Oktober 1928 um mehr als 5 Proz. übersteigt. Das bedeutet praktisch die Herabsetzung der vortraglichen Akkordmindestlohnsätze um 5 Proz. Außerdem konnte ein einheitlicher genereller Lohnabbau abgewehrt und eine Staffelform von 1-8 Proz. des Abzuges erreicht werden.

Die geführten Verhandlungen haben das folgende Endergebnis gezeitigt: Die im Kollektivvertrag vom 15. Oktober 1928 festgesetzten Mindestdurchschnittslöhne der einzelnen Abteilungen bleiben ungekürzt aufrecht und sind von jeglicher Kürzung ausgeschlossen.

Von dem in den nachfolgenden Punkten festgesetzten Lohnabbau bleiben auch jene Mindestdurchschnittslöhne der einzelnen Abteilungen unberührt, welche nur bis 5 Proz. höher liegen als die Sätze des Kollektivvertrages vom 15. Oktober 1928.

Janu Akkordabteilungen, in welchen die Effektivdurchschnittsverdienste den Mindestlohn des Kollektivvertrages vom 15. Oktober 1928 um mehr als 5 Proz. übersteigen, werden in der folgenden Weise abgebaut: Bei 6 Proz. Ueberschuss 1 Proz. Lohnabbau, bei

7 Proz. Ueberverdienst 2 Proz. Lohnabbau usw. bis bei 13 Proz. Ueberverdienst und darüber als Höchstmaß 8 Proz. Lohnabbau. Bei Wochenlöhnern, welche um mehr als 5 Proz. die Mindestlohnsätze des Kollektivvertrages vom 15. Oktober 1928 übersteigen, wird abgebaut: bei 6 Proz. Ueberverdienst 1 Proz. usw. bis bei 10 Proz. Ueberverdienst und darüber 5 Proz.

Bemerkenswert ist noch, daß die Porzellanindustriellen 100 000 Kronen für unterstützungsbedürftige Arbeitnehmer zur Verfügung gestellt haben. Aus diesem Fonds werden auf Antrag des Vorstandes der Glas- und Keramikarbeiter, oder auf Antrag einer Mitgliedfabrik, oder eines Geschäftstellers selbst, den Verhältnissen angepaßte einmalige Unterstützungssätze an in Mitgliedfabriken zuletzt beschäftigt gewesene Arbeitnehmer nach eingeholtem Einvernehmen zwischen den beiden vertragsabschließenden Organisationen gewährt.

Auch in der Tschechoslowakei steigt die Arbeitslosigkeit in der Porzellan- und Feintonwarenindustrie immer weiter. Von den in normalen Zeiten beschäftigten 17 000 Porzellanarbeitern und Arbeiterinnen sind gegenwärtig nur noch zirka 7000 beschäftigt, wovon mehr als 2/3 Kurzarbeiter sind. Mit Genugtuung können unsere Freunde berichten, daß die Mitgliedschaft des Verbandes trotz der schweren Krise unverändert geblieben ist.

Die Lage der feinkeramischen Industrie in Polen

Nach neueren Nachrichten soll die polnische feinkeramische Industrie sehr stark unter ausländischer Konkurrenz, besonders tschechoslowakischer und deutscher Firmen, zu leiden haben. Drei bedeutende Fabriken haben eine Verkaufsgemeinschaft gebildet unter der Bezeichnung „Polska-Porcelana“. Auch haben sie ihr Produktionsverfahren rationalisiert.

Im Jahre 1929 hat die polnische Porzellanindustrie ungefähr 70 Prozent des heimischen Bedarfs gedeckt und Aufträge in Höhe von etwa 9 Millionen Zloty erhalten. Dagegen hat im Jahre 1930 die ungünstige allgemeine Wirtschaftslage zu einer Verminderung der Aufträge auf 7 Millionen Zloty geführt, obwohl sich die Einfuhr wieder auf 3,5 Millionen Zloty hielt. In der ersten Hälfte des Jahres 1931 ist sowohl die Einfuhr wie die inländische Produktion stark zurückgegangen.

Majolika, Terrakotta und Steingut werden in drei großen Werken und in einer Anzahl kleinerer Fabriken hergestellt. Zwei der großen Werke sollen durch die deutsche und tschechoslowakische Konkurrenz zur Stilllegung gezwungen worden sein, und das dritte Werk ist nur noch ungefähr zur Hälfte seiner Kapazität beschäftigt.

Waldenburg

Die englische Gewerkschaftsführerin Ellen Wilkinson, die als Vertreterin der englischen Arbeiterpartei am deutschen Wahlkampf teilnimmt, besuchte im Verlauf ihrer Reise auch Waldenburg. Sie sprach auf unserem Verbandsbüro vor, wo sie sich über die Verhältnisse, besonders der Kolleginnen, eingehend informierte. Kollegin Wilkinson besichtigte sodann u. a. auch die Porzellanfabrik Tielsch in Altwasser, wobei auf sie besonders die hervorragende technische Ausrüstung des Betriebes Eindruck machte. Nach ihrer Meinung sind die englischen Betriebe noch nicht so weit. Das gleiche gilt auch von der Arbeitsorganisation im Betriebe und von dem modernen scharfen Arbeitstempo, das in dieser Form in den Porzellanfabriken in Stoka on Trent nicht zu finden wäre.

Kollegin Wilkinson ist unseren Mitgliedern als Verfasserin des zur Zeit laufenden Romans „Die Kluft“ bekannt.

Rodach

Die Steingutfabrik Max Rößler A. G. in Rodach bei Coburg schließt das Geschäftsjahr 1931 wieder mit Verlust ab. Der Verlust beträgt nach Abschreibungen von 48 044 (46 597) RM 251 679 RM und erhöht sich um den vorjährigen Verlustvortrag auf 379 439 Reichsmark. Die gesetzliche Rücklage von 150 000 RM ist schon in den beiden Vorjahren zur Verlustdeckung verwendet worden, so daß offene Reserven nicht mehr vorhanden sind. Der im August stattfindenden Generalversammlung soll vorgeschlagen werden, den Gesamtverlust weiter vorzutragen und später zu einer Bilanzbereinigung Stellung zu nehmen.

Die Steingutfabrik Rodach ist mit der ältesten Volkstedter Porzellanfabrik liiert, die vor kurzen eine Kapitalzusammenlegung 3:1 vorgenommen hat.

Kloster-Weilsdorf

Der Aufsichtsrat der Kloster-Weilsdorf A. G. hat die Bilanz für das Geschäftsjahr 1931, die unter Einbeziehung des Verlustvortrages aus dem Vorjahre in Höhe von 272 229 RM, einen Gesamtverlust von 347 030 RM ausweist, genehmigt. Der vorjährige Verlustvortrag ergab sich nach Verrechnung eines Gewinnvortrages aus 1929 von 57 153 RM. Die Generalversammlung findet am 15. August in Meiningen statt.

Bauenstein

Der Generalversammlung der zum Kalkwerk Oker gehörenden Porzellanfabrik Bauenstein vom Fr. Chr. Gruber & Sohn A. G. wurde Mitteilung gemäß § 240 H. G. B. gemacht (Verlust von mehr als der Hälfte des Aktienkapitals). Das Aktienkapital betrug 300 000 RM.

Berichtigung

In Nr. 30 „Keramischer Bund“ ist in dem Artikel „Japan feinkeramische Industrie“ ein Druckfehler enthalten. Es muß heißen: „Der Islandbedarf je Kopf der Bevölkerung betrug im Jahre 1928 in Japan etwa 40 Sen und nicht Yen“. Ein Yen ist 100 Sen.



Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums

Abschrift.
Der Reichsarbeitsminister.
III Nr. 3396/100 Tar.
Berlin, den 25. Juli 1932.

Entscheidung.
Die nachstehend bezeichneten Tarifverträge werden im angegebenen Umfang gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzblatt 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

- I. Parteien des Tarifvertrages:
 - a) auf Arbeitgeberseite: Lippischer Arbeitgeberbund e. V., Fachgrupp-Verband der Minden-Ravensberg-Lippischen Ziegeleibetriebe e. V., Detmold;
 - b) auf Arbeitnehmerseite: Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau I, Hannover, Abteilung Keramischer Bund; Gewerkverein Deutscher Ziegler.
- II. Tag des Abschlusses: 27. Mai 1932.
 - a) Vereinbarung über Weitergeltung des Manteltarifvertrages vom 23. April 1931;
 - b) Lohnarifvertrag.
- III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in Ziegeleien.

Neuartige Reklame für den Ziegelbau

Nach Beendigung des Weltkrieges machte sich sofort ein großer Wohnungsmangel bemerkbar. Das war nicht zu verwundern. Während des Weltkrieges sind ja fast gar keine Wohnungen gebaut worden. Millionen Männer waren im Felde und viele Frauen dieser Männer zogen, um nicht allein zu sein oder aus Ersparnisgründen, wieder zu den Eltern des einen oder anderen Teiles oder zu anderen Verwandten, während viele junge kriegsgetraute Ehepaare überhaupt noch keine eigene Wohnung besaßen, sondern noch bei den Eltern wohnten. Es war also leicht verständlich, als die Männer, soweit sie nicht gefallen waren, zurückkehrten, sofort ein großer Wohnungsmangel in Erscheinung treten mußte. Es mußte wieder gebaut werden. Durch den Raubbau, der während des Krieges an Material, Rohstoffquellen und Menschenkraft getrieben wurde, war z. B. auch die Steinkohlenförderung von 157 Millionen Tonnen auf ungefähr 80 Millionen Tonnen, also fast auf die Hälfte, gesunken. Es fehlte also an den nötigen Betriebsstoffen für die Industrie. Darunter hatten gerade die Baustoff erzeugenden Industriezweige, vor allem aber auch die Ziegelindustrie, zu leiden. Mancher Unternehmer ist damals zu den Gewerkschaften gekommen und hat gebeten, daß diese ihren Einfluß geltend machen sollten, damit ihre Betriebe mit der nötigen Kohle versorgt wurden. Das haben diese, soweit sie konnten, getan, schon im Interesse der Arbeiterschaft. Das haben die Unternehmer heute völlig vergessen. Heute wollen sie mit den Gewerkschaften nichts mehr zu tun haben, soweit diese sich mit der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigen. Nur dann, wenn es ihr eigenes Interesse erfordert, kommen die Unternehmer auch heute noch zu den Gewerkschaften. Doch das nebenbei.

Es fehlte auf Grund der Verhältnisse an dem nötigen Betriebsstoff, um die Baustoffe, so wie sie für den Wohnungsbau benötigt wurden, zu produzieren. In dieser Zeit des Baustoffmangels tauchten dann allerhand Ersatzbaustoffe und Ersatzanweisen auf. Es sollte schnell und vor allen Dingen auch billig gebaut werden. Wir brauchen nur an die Stampflehmauweise und andere zu erinnern, die zum Teil heute noch die altbewährten Baustoffe, wie den Mauerziegel, vom Baumarkt verdrängen wollen.

Lange haben die Ziegeleibesitzer geglaubt, sie brauchten für ihre Erzeugnisse keine Reklame zu machen, der Ziegelstein würde in kurzer Zeit alle anderen Baustoffe wieder verdrängt haben. Mit Spott glaubten sie alle Ersatzbaustoffe in kurzer Zeit erledigen zu können. Das taten sie aber nur so lange, wie ihre Produkte einigermaßen guten Absatz fanden. Auch in Bezug auf Qualität tröteten die Ziegeleibesitzer noch im alten Gleise. Die Zeiten waren aber andere geworden. Manches von den Ersatzbaustoffen lief in den Markt und macht dem Ziegelstein Konkurrenz. Als man mit Spott nicht zum Ziele kam, fing man an zu schreien und machte alle möglichen und unmöglichen Illen für die Verdrängung des Ziegelsteins verantwortlich. Von einer wirk-

„wie sie lügen“ oder 4 Pf. Nazistundenlohn!

Durch die Partei- und Gewerkschaftspressen ist vor einigen Wochen die Lohntüte aus dem Kalkwerk Oker mit 4 Pf. Stundenlohn veröffentlicht worden. Auf dieser Lohntüte war eine Fleckenmarke mit Hakenkreuz und der Aufforderung: „Wählt Hitler!“

Jetzt versucht die nationalsozialistische Presse die für die Nazipartei sehr unangenehme Tatsache abzustreiten und schreckt dabei vor Lüge und Verleumdung nicht zurück. Aus Reban erhielten wir ein nationalsozialistisches Flugblatt zugestellt, in dem die Tatsache, daß 4 Pf. Stundenlohn gezahlt wurden, erst einmal abgestritten wird und dann wird

- IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Freistaat Lippe und Regierungsbezirk Minden (mit Ausnahme des Betriebes der Firma Schütte A. G. in Heisterholz bei Minden, des Betriebes der Gewerkschaft Oelberg in Bonenburg und der Ziegelei Franz Stamm in Borgentreich, beide Kreis Warburg).
- V. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 89 des Manteltarifvertrages.
- VI. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 5. Juli 1932.
- VII. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, jeweils mit dem Tarifvertrag. Die allgemeine Verbindlichkeit des Manteltarifvertrages vom 28. April 1931 in bisheriger Fassung hat geendet.

Im Auftrag
gez.: Dr. Kalkbrenner.
(Stempel) Beglaubigt:
gez.: Unterschrift.
Eingetragen am 27. Juli 1932 auf Blatt 10 037 IId, Nr. 5 des Tarifregisters.
Der Registerführer:
gez.: Schmitz.

Die neugegründete „Union der Fabrikanten großformatiger Ziegel E. V.“, Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 36, ist auf die Idee gekommen, das Zugabewesen für den Ziegelbau allgemein nutzbar zu machen.

Die Idee soll nach den Entwürfen des Geschäftsführers obiger Vereinigung, Herrn Ingenieur Alfred Pfeiffer, wie folgt gestaltet werden:

Es werden Wertscheine, die auf 1/4, 1/2, und 1/4 großformatiger Mauerziegel oder 1 1/2 NF. Mauerstein lauten, herausgegeben.

Die interessierten Geschäfte, die auch sonst für Reklame Geld ausgeben, können diese Wertscheine, die auf 1/4 bis 1/2 großformatigen Mauersteine oder 1 1/2 NF. Mauerstein lauten, in Form von Abreiblöcken von obiger Vereinigung erwerben. Auf diese Reklamemarken drucken oder stempeln sie ihre Firma auf und geben sie an ihre Kunden, die bei ihnen Wareneinkäufe machen, oder die Lichtspieltheater an ihre Besucher aus. Die Ziegeleibesitzer können gegen einen Betrag von monatlich 2,— RM oder halbjährlich 10,— RM als förderndes Mitglied obiger Vereinigung Beitretende. Sie werden dann als förderndes Mitglied zur Einlösung der „Bausteine“ (so nennt man die Wertmarken) herangezogen.

Man glaubt, durch diese Art der Werbung eine Belebung der Ziegelsteinproduktion herbeiführen zu können. Hauptsächlich denkt man, daß diejenigen, bei denen die Sehnsucht nach einem Eigenheim vorhanden ist, sich leichter zum Bau eines solchen entschließen werden, wenn sie allmählich einige hundert oder tausend solcher Gutscheine gesammelt haben. Die noch fehlenden würden sie dann noch zukaufen.

Ob diese Idee den von obiger Vereinigung erhofften Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten, zumal das Zugabewesen von vielen Stellen stark bekämpft wird.

Viele Käufer von Konsumartikeln werden auch kaum das erhoffte Interesse an diesen Gutscheinen haben. In der Hauptsache dürften wohl in erster Linie nur Siedlungslustige oder Vereinigungen von Siedlern dieser Art von Werbung einiges Interesse entgegenbringen.

Die Idee zeigt aber vorläufig das eine, daß man sich jetzt auch in Kreisen des Ziegel-Unternehmertums ernsthaft bemüht, neue Wege für die Ziegelwerbung anzuschlagen. Das an und für sich könnte begrüßt werden, ganz gleich, wie man zu dem Zugabewesen steht.

Auch sollte er eine schriftliche Erklärung abgegeben haben, in der die Tatsache von dem 4-Pf-Stundenlohn abgestritten wurde. Nun ist wohl eine Erklärung der Firma gegenüber erfolgt, die nach den Informationen mit der Nazifleckenmarke auf der Lohntüte nichts zu tun hat. Diese Erklärung besagt aber nur, daß nicht an einen Jungarbeiter, sondern an einen sogenannten Lehrling 4 Pf. Lohn pro

Stunde gezahlt sind. Die Nazipresse bestreitet, daß überhaupt 4 Pf. pro Stunde gezahlt seien. Zur Erläuterung sei mitgeteilt, daß der Begriff Jungarbeiter nur für die Jugendlichen angewandt wird, die im Bruch beschäftigt sind, während die in der Werkstatt beschäftigten Jugendlichen, Lehrlinge genannt werden.

Nun ist der genannte Betriebsratsvorsitzende wohl Mitglied des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, aber nicht in der SPD organisiert. Aber das wird einfach von den Nazis behauptet, um den Leuten vorzumachen, die eigenen Genossen der SPD, wenden sich von der Schreibweise ihrer eigenen Presse ab. Wie die Löhne im Dritten Reich aussehen würden, ist ja in letzter Zeit genügend durch die Presse bekannt geworden, so daß wir nicht mehr näher darauf einzugehen brauchen.

Nachstehend die Erklärung des Betriebsratsvorsitzenden Schlüter und seine Berichtigung, die er an verschiedene Naziblätter gesandt hat:

Abschrift!
In der Nazipresse erschien gleichmäßig nachstehender Bericht mit verschiedener Überschrift:

Zahlreiche marxistische Hetzblätter brachten vor einigen Tagen unter der Ueberschrift (Lohntüte aus dem Dritten Reich) die Abbildung einer Lohntüte vom Kalkwerk Oker, Adolf Willikens, auf der angeblich ein Stundenlohn von 4 Pf. für einen Jungarbeiter berechnet worden sei.

Die unglaubliche Verlogenheit dieser Meldung wird durch eine Erklärung gekennzeichnet, die der Betriebsratsvorsitzende des Werkes, der Arbeiter Schlüter, eingeschriebenes Mitglied der SPD, und Vertrauensmann des roten Fabrikarbeiterverbandes aus freien Stücken abgegeben hat, weil er, wie er ausdrücklich betonte, von diesen Lügen und der elenden Verhetzung, wie sie von seiner eigenen Parteipresse betrieben wird, sich angeekelt fühlt.

Erklärung:
Ich erkläre als Vorsitzender des Betriebsrats der Kalkwerke Oker, Adolf Willikens AG., daß hier auf dem Werke niemals an einen Jungarbeiter ein Lohn von 4 Pf. pro Stunde gezahlt worden ist. Auf dem Werke werden vielmehr die tariflichen Löhne gezahlt, die zwischen dem Fabrikarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband der Kalk- und Zementindustrie Mitteldeutschlands jeweils festgesetzt werden.

Eine Anzahl Leute erhält zu den Tariflöhnen Prämien- und besondere Zulagen. Verschiedenen alten Arbeitern, die nicht mehr arbeitsfähig sind, bezahlt das Werk aus freien Stücken Renten.

Bei der in Frage kommenden Lohntüte handelt es sich um den Schlosserlehrling Ewald Oppermann aus Harlingerode, der kurze Zeit in der Schlosserwerkstatt als Lehrling beschäftigt war.

Goslar, den 10. Juni 1932.
gez. H. Schlüter,
Betriebsratsvorsitzender.

Abschrift!
An den verantwortlichen Schriftleiter der Zeitung „Völkischer Beobachter“
Herrn Alfred Rosenberg,
München.

In der Nr. 168 Ihrer Zeitung, der „Völkische Beobachter“ vom 16. Juni 1932, als deren verantwortlicher Schriftleiter Sie auf diesem Blatte verzeichnet sind, befindet sich ein Artikel unter der Ueberschrift:

„Wie sie lügen“
Dieser Artikel enthält die aus anliegender Berichtigung ersichtlichen Unrichtigkeiten. Gemäß § 11 des Preßgesetzes ersuche ich Sie um Aufnahme der anliegenden Berichtigung in Ihrem Blatte.

Ich bemerke, daß ich durch die Falschmeldung persönlich betroffen bin.

Goslar, den 18. Juli 1932.
H. Schlüter.

Abschrift!
Berichtigung:
In Nr. 168 des „Völkischen Beobachters“ vom 16. Juni 1932 befinden sich unter der Ueberschrift

„Wie sie lügen“ folgende Unrichtigkeiten:
1. Unwahr ist, daß ich eingeschriebenes Mitglied der SPD bin, wahr ist vielmehr, daß ich einer politischen Partei als Mitglied überhaupt nicht angehöre.
2. Unwahr ist, daß ich von diesen Lügereien und der elenden Verhetzung, wie sie von meiner eigenen Parteipresse betrieben wird, mich angeekelt fühle; wahr ist vielmehr, daß ich eine solche Erklärung nicht abgegeben habe, da die betreffende Lohntüte des Kalkwerkes Oker, Adolf Willikens AG., mit dem Stundenlohn von 4 Pf., der an einen Lehrling gezahlt worden ist, Tatsache und keine Lüge ist.

Goslar, den 18. Juli 1932.
H. Schlüter,
Betriebsratsvorsitzender,
Kalkwerk Oker.

Bemerkung:
Dieselbe Berichtigung ist auch an den verantwortlichen Schriftleiter des „Angriff“, Berlin, ergangen.

Im „Angriff“ erschien der Artikel unter der Ueberschrift „Lohntüte im Dritten Reich“, Nr. 129 vom 21. Juni 1932.
P. Beyer.

Die Kluff / Roman von Ellen Wilkinson

Berechtigtes Uebersetzung aus dem Englischen von Otto Albrecht van Hehber / Copyright 1931 by Blüchergilde Gutenberg

(25. Fortsetzung)

Jetzt wandte sie langsam den Kopf, wandte ihm das erbläute Gesichtchen zu. „Nicht wahr, Anthony, du verlangst nicht eine sofortige Entscheidung? Ich muß nachdenken ... muß in Ruhe überlegen.“

„Natürlich, mein Liebes. Wenn es dir recht ist, bringe ich dich jetzt heim.“

Der Regen hatte aufgehört; bisweilen lugte sogar die Sonne durch die fliehenden Wolken-acheiler.

Anthony zog ihren Arm durch den seinen und hielt ihre Hand fest. Mit einem glückseligen Lieben fühlte sie seine Nähe, und für einen Augenblick versank die übrige Welt. Könnte es nicht immer so bleiben?

Obgleich sie ganz langsam gingen, war der Gordon Square bald erreicht.

„Ich möchte jetzt nicht mit hineinkommen, Joan. Kann ich dich heute abend sehen? Wird Mary Maud zu Hause sein?“

„Ich weiß es noch nicht, darf ich dich anrufen?“

„Gewiß. Sagen wir nach sieben.“

„Gut, nach sieben.“

„Auf Wiedersehen, mein Liebling.“

Mit dem Hut in der Hand wartete er, bis die Hausfrau hinter der schwächlichen Mädchen-gestalt zutraf.

Schwerfällig stieg Joan die Treppe hinauf. Sie hatte gehofft, unbemerkt in ihr Zimmer zu kommen, aber ein Geräusch im Vorzimmer ließ sie vorübergehen, erklang von drinnen der Ruf ihrer Freundin. Mary Maud war nicht allein. Eine Dame, die sie als Miss Legarde vorstellte, saß neben ihr und schlürfte einen Cocktail, während sie selbst eine bauchige Tasse in der Hand hielt.

„Wollen Sie nicht ein wenig Schokolade, Joan?“ Ind sie das junge Mädchen ein. „Ihrer Figur schadet das nichts. Metzer hingegen? ... Ich weiß nicht, warum ich sie eigentlich immer wieder trinke — Susanna macht sie eben zu gut!“

„Sie sollten sie Satan nennen anstatt Susanna“, meinte Miss Legarde, über die pathetische Miene der Hausherrin herzlich lachend. „Sie führt Sie zu oft in Versuchung!“

Joan schlug die duftende Schokolade aus. „Lieber möchte ich mich in meinem Zimmer ein wenig hinlegen; mir ist nicht ganz wohl.“ Ihre Augen schienen zu groß zu sein für das schmale Gesichtchen, und als sie jetzt mit müder Bewegung den Hut abnahm und die schwarze Haarfülle sichtbar wurde, trat die fahle Blässe ihrer Wangen noch mehr hervor.

„Tun Sie das, Kind“, warf Mary Maud leicht hin, obwohl sie sich innerlich erschrocken fragte, was vorgefallen sein mochte. „Ich rufe Sie nachher zum Lunch.“

Und dankbar schlich Joan in ihr Zimmer. Regenmantel und Schuhe abstreifend, kroch sie, völlig angekleidet, ins Bett und zog die Decke über den Kopf. Es war eine alte Gewohnheit, die sie sich aus ihrer Kinderzeit in dem armeneligen Elternhause bewahrt hatte, wo man den Luxus geheizter Schlafzimmer nicht kannte, wo die einzige Möglichkeit des Alleinseins darin bestand, in dem dunklen, kleinen, kalten Kämmerchen zwischen die Decken zu schlüpfen und zu hoffen, daß man sie vergaß.

Sie versuchte zu denken ... Indessen er-tappte sie sich beim Beten zu einem Gott, der ihr fremd geworden war. Fieber der Unent-schlossenheit schüttelte sie. Sehnsucht nach Anthony stritt gegen das Verlangen, sich von diesem bequemen Londoner Leben zu lösen, an ihre Arbeit zurückzukehren, zu ihren eigenen Leuten, zu sehen, wie es ihnen nach diesem verlorenen Streik erging. Sie haßte sich selbst wegen dieser Faulenzer-Woche in London, und haßte gleichzeitig den Gedanken, nordwärts zu fahren und sich von Anthony zu trennen.

In dieser seelischen Zerrissenheit lag sie, als Mary Maud an ihr Bett trat, behutsam die Decke herabzog und ihre Hand auf die glühende Stirn legte. „Mein liebes Kind, ich will Sie gewiß nicht drängen, mir Ihr Leid anzuvertrauen. Aber vielleicht kann ich ein wenig helfen. War Helen sehr eigensinnig?“

„Ich habe Mrs. Dacre nicht gesehen. Anthony kam mir schon unterwegs entgegen, und ... und wir saßen dann im Café.“

„Mit sie Anthony Schwierigkeiten gemacht?“

Nein. Sie ist sogar großmütig gewesen in ihrer Art; wendet nichts ein gegen ein Zusammenleben von Anthony und mir, vorausgesetzt, daß er der Welt gegenüber den Schein wahr.“

Also das war der Kummer! Die kleine Puritanerin aus dem Norden empörte sich gegen diese Zumutung! ...

In ruhiger, gleichmäßiger Bewegung glitt Mary Mauds Hand über den schwarzen ...

„Und das erscheint Ihnen so ganz unmöglich, Joan?“

„Anthony sagt, daß auch dies nur möglich ist, wenn ich meine Arbeit aufgeben.“

„Ihre Arbeit aufgeben? ... Das verlangt Anthony ernstlich? Aber der ganze Zweck solcher Abkommen ist doch, daß jeder von euch dreien seine Arbeit fortsetzen kann! Womit begründet er seine Forderung?“

„Er will mich ganz haben oder gar nicht; er sagt ... ach, Mary Maud, ich kann es Ihnen nicht so gut darlegen, wie er es tut ... ich weiß auch, was er meint ... eine Frau muß wählen: eine Karriere oder eine große Liebe.“

Miß Meadows blickte nachdenklich auf den schwarzen Mädchenkopf. Also er will sie ganz für sich haben! ... Vielleicht verständlich von ihm. Aber wann Joan nicht einwilligt? ... Wann ... Schon spannt Mary Maud neue Pläne. Denn für diese gänzlich tatelose, müßige Frau war das Lebenswerk ihres Schützlings eine Sache von höchster Wichtigkeit geworden.

„Nun waschen Sie mir Ihr Gesicht mit kaltem Wasser, kleine Joan, und ziehen Sie das verknüllte Kleid aus“, lenkte sie ab. „Dann werden Sie sich gleich viel besser fühlen. Kommen Sie, Kind, Susanna wartet mit einem Champignon-Omelett — das beste für angegriffene Nerven.“

Um des jungen Mädchens Mund häuschte ein Lächeln. Oh, diese Mary Maud, die als letztes Argument stets einen lockeren Biaken ins Treffen führt.

„Kommen Sie!“ drängte die Ältere. Und Joan folgte ihr gehorsam ins Bad-zimmer, wo sie gleich den ganzen Kopf unter den kalten Wasserhahn steckte. Mary Maud sah ihr entsetzt und amüsiert zu. „Sie Struwpeter! Ich wollte, ich könnte das auch!“

„Warum tun Sie es denn nicht?“

„Und meine Dauerwellen? Mein Friseur würde die Krämpfe kriegen!“

„Sie haben zuviel Geld, um jemals das tun zu dürfen, was Sie wollen“, klang es über-zengt aus einem Kratzerhandtuch heraus.

„Sehr wahr. Aber wenn ich weniger hätte, würde es wahrscheinlich dasselbe sein.“

Es wurde ein schweigames Mahl. Joan widerstrebte es augenscheinlich, noch weiter über die Angelegenheit zu diskutieren, und Mary Maud besaß zuviel Takt, um hierauf nicht Rücksicht zu nehmen. Sie musterte vorstehend das verhärmte Gesichtchen. Ach, diese Kinder! Jetzt, nachdem dank Helens Nachsichtigkeit sich ein Weg zum Glück auf-tat, schlenon Anthony und Joan ihn durch wahrhaft idiotische Schwierigkeiten verbarri-kadieren zu wollen! Warum konnten sie nicht mit beiden Händen nach dem Glück greifen; wenn es ihnen geboten wurde? ... Plötzlich erinnerte sie sich ihrer Ausrufung, daß Joan sich opfern müsse. Dummheit! Dieses Mäd-chen brauchte man wirklich nicht zu drängen, ein Märtyrer zu sein. Helfen mußte man. Ob sie doch vielleicht ein Wort wagte?

In diesem Moment schellte es draußen und gleich darauf erschien Susanna mit einem Telegramm für Joan. Sie nahm es, ganz geistesabwesend, las es und saß mit einem Ruck korzengerade.

„Gut, das regelt alles!“

Mary Maud nahm ihr das Papier aus der Hand. „Massenaussperrung in Shireport. Kritische Lage. Kommen Sie, wenn möglich, noch heute zwacks Instruktionen nach Leeds zurück. Royd.“

„Müssen Sie reisen?“

„Selbstverständlich. Wartet der Bote, Susanna?“

„Jawohl.“

„Rasch das Kursbuch. Ah, um fünf Uhr fährt ein Schnellzug.“ Sie blickte auf ihre Armbanduhr. „Den erwische ich ja noch ganz bequem. Bitte, ein Telegrammformular.“

„Sie versprachen Anthony, um sieben anzu-rufen“, mahnte Mary Maud, indem sie ihr ein Paket Formulare vom Schreibtisch holte.

„Das geht oben nicht mehr. Hier, Susanna, einen Shilling für das Telegramm und drei Pence für den Bote.“

„Wollen Sie nicht wenigstens jetzt ver-suchen, ihn zu erreichen, damit er Sie zum Bahnhof bringt?“

„Welchen Zweck hätte das, Mary Maud? Sehen Sie denn nicht, daß dies Telegramm alles regelt?“

„Was regelt es? Ein Telegramm, das Sie heute schon abrufen, während Sie morgen ohne-dies heimzukehren beabsichtigten!“

„Aber, Mary Maud, das ist es ja gerade, was sich immer wieder ereignen würde. Ob ich mit Anthony verheiratet wäre, mit allem Segen des Standesamts und der Kirche, oder mit ihm zusammenlebte, wie er verlangt — sobald ein solcher Ruf wie dieser mich er-reichte, würde ich gehen, ungedenken aller Versprechungen, die ich gemacht hätte. Das bequeme Leben seit dem Streik hat mich einschläpf gemacht und mein klares Denken be-einträchtigt, sonst ... nicht so lange gezweifelt.“

„Sie haben doch Anthony. Ich bin ... Und Sie sind nicht der Mensch, der sein ... Gefühle leicht nimmt.“

Joans Finger knirschten sich so fest um die ... die die Knebel weiß wurden. Ihr ... ging über die andere hinweg ins Wei- ...

„Liebe! ... Was bedeutet dieses Wort, das jeder Bauer, jeder Tintenfaß ständig im ... führt? Liebe ich Anthony? In meiner Art ... In seiner, nein! Ihre Stimme ...

„Mein liebes, liebes Kleines ...“

Einen Augenblick ließ Joan ihren Kopf auf die weiche Schulter der Freundin fallen, doch dann steifte sich ihr Rücken.

„Dies führt zu nichts, Mary Maud. Ich werde Anthony schreiben. Und nun muß ich packen.“

„Es sind fieberhafte Tage gewesen, seit Sie mich damals im Morgenrauschen weckten“, meinte Miss Meadows, während sie zusah, wie das junge Mädchen ihre Hutobligkeiten in ein Handkofferchen legte.

„Ja. In Shireport wird es freilich auch nicht just still zugehen. Ah, ich werde froh sein, wenn ich wieder in die besten Trübel bin. Das ist der Platz, an den ich gehöre.“

Als Miss Meadows ihren jungen Gast zur Droachko geleitet hatte und der Wagen um die Straßenecke verschwunden war, ging sie langsam in ihr Wohnzimmer zurück, knabberte sehr nachdenklich eine Makrone und setzte sich dann plötzliche an den Schreibtisch.

Der Brief, der Susanna eine Stunde später zur Beförderung übergeben wurde, trug die Aufschrift: Herrn Hauptmann Gerald Blain, 238 Ormond Street, London WC1.

XVI

Während der vierstündigen Eisenbahnfahrt schlugen die Wagen des Monats über Joan zu-sammen. Beim Verlassen von Mary Mauds Wohnung noch hatte sie das Telegramm bei-nah wie eine Fahne der Unabhängigkeit ge-schwenkt; doch allein in ihrem Abteil war ihre einzige Empfindung, daß in jeder Minute der Zug die Entfernung zwischen ihr und Anthony vergrößerte. Als die Zeiger der Uhr auf sieben standen, dachte sie an ihn, wo er nahe beim Telefon saß und auf ihren Anruf wartete. Sie hörte den Apparat klingeln, sie sah ihn hastig den Hörer ab-nehmen, und dann sein Gesicht, wenn er statt ihrer Stimme die von Mary Maud vernahm. Und sich vor dem Blicken Neugieriger, die vielleicht vom Gang aus herabspähen könnten, hinter einer Zeitung versteckend, weinte sie, bis ihr Kopf schmerzte ...

In Leeds fuhr sie direkt zu Royds Haus. Sie hatte seine Frau, die jedermann — sogar ihre Kinder — Pummel nannte, sehr gern. Pummel war klein und rund, sehr rund sogar, und zehn Jahre älter als ihr Mann. Ihr rotes Haar durchzogen bereits viele weiße Fäden, das Gesicht jedoch hatte sich den zarten, blauenweißen Teint bewahrt, der fast immer den Rothaarigen eigen ist. Eine hübsche Frau, wenn ihre Oberlippe über den etwas vorstehenden Vorderzähnen nicht gar so lang gewesen wäre. Und gerade durch das Vor-ziehen dieser Oberlippe verstand Pummel Royd vielerlei auszudeuten.

„Da ist ja unsere feine Londoner Dame endlich!“ begrüßte sie Joan, deren geschwol-lene Augenlider sie in der matt erleuchteten Diale nicht bemerken konnte. „William, be-zahl den Chauffeur!“ rief sie ihrem Mann zu, um das junge Mädchen dann ins Wohnzimmer zu ziehen.

„Dies war in der Tat ein Wohnzimmer. Royds riesiger Schreibtisch und seine Blücher-regale füllten die Nische bei dem Kamin. Die Tuschzeichnungen und Schulbücher der Kin-der samt Pummels Nähkorb bildeten auf dem Tisch ein fröhliches Durcheinander, ohne daß das Ganze den Eindruck von Unordnung er-weckte. Hier verrichtete nur eben jeder ge-mütlich das, was ihm oblag, und Joans krankem Gemüt tat diese Atmosphäre eines glücklichen Familienlebens unbeschreiblich wohl.“

„Gut, daß ich wieder da bin, Pummel.“

„Ich freue mich, daß Sie so fühlen. William sorgte sich schon, weil Sie gar nicht von London loskamen.“

„Aber er selbst sagte doch, ich solle mir ein paar Tage Erholung gönnen.“

„Ein paar Tage! Mittlerweile sind beinahe zwei Wochen verstrichen“, wurde Royds tiefe Stimme hinter ihnen laut. „Und wir führen hier einen verzweifeltsten Kampf gegen die Maßregelungen unserer Leute.“

„Bin ich denn nicht hergeeeilt, sobald Sie mir das Telegramm sandten?“

„Der Joan, die ich kannte, hätte man kein Telegramm zu senden brauchen.“

Sie starrte ihn an. So etwas ihr ... ihr, die sich mit Herzbluten von London losge-rissen, die vielleicht das schwerste Opfer ge-bracht hatte! ... Mit einem weichen Aufschrei vergrub sie den Kopf in die Arme und schluchzte wild und verzweifelt.

William Royd war entsetzt über die Wir-kung seiner Worte. Pummel indes, die ahnte, daß dieses trostlose Jammern einen tieferen Grund haben mußte, schob ihren Mann kurzer-hand beiseite und beschwichtigte:

„Kommen Sie nach oben, Joan. Wozu wollen Sie heute abend noch Ihr einsames Zimmer aufsuchen? Sie schlafen in Ednas Kammer.“

In dem kleinen, aber blitzsauberen, freund-lichen Mädchenzimmer zündete sie den Gas-öfen an, zog der noch immer leise Schluch-zenden Kleid und Schuhe ... und versorgte sie mit einem Schlafrock und warmen Pan-toffeln.

„Nun, Joan, heraus damit. Was ist passiert? Nun lassen Sie Pummel mal alles wissen!“

In vielen Jahren aufrichtiger Freundschaft hatte Joan zu William Royds Frau ein Ver-trauen gefaßt, wie sie es Mary Maud nie entgegenbringen konnte, und allmählich wurde sie ruhiger, begann erst rückwärts, dann immer fließender die Geschichte, alle Qual, alles Herzeleid zu erzählen. Als Pummel je-doch nicht eine Silbe äußerte, sondern sie nur weiter eng umschlungen hielt, fragte Joan en-dlich zaghaft:

„Wie denken Sie darüber?“

„Daß Mr. Dacre ein sehr kluger Mann ist und ihrem Charakter volles Verständnis entgegen-bringt — trotz der kurzen Zeit. Sie kennen ihn doch erst knapp einen Monat.“

„Darauf kommt es doch nicht an, Pummel.“

„Bei euch eiligen jungen Menschen freilich nicht. Aber wie gesagt, er versteht Sie. Ein

gemeinsames Leben wäre unmöglich gewesen, wenn Sie Ihre Arbeit fortgesetzt hätten.“

„Andere Frauen tun es doch auch.“

„Mein liebes Kind, mancho Frauen könne einen Mann haben, drei Kinder, ein halbes Dutzend Liebesaffären und obendrein noch ihrem Beruf nachgehen; sie haben Arbeit, Herz, Gewissen, je in eine besondere Schul-lade verstaub, um denen sie nie zwei zu gle-icher Zeit aufziehen. Aber zu diesem Schla-gehören weder Sie noch ich, Joan. Und Sie wüßten es, als das Telegramm Sie aus Ihre Träumerei in Miß Meadows Schokoladen-schachtel weckte. Wo würde der arme Mr. Dacre bei einem großen Streik oder einer hitzigen Wahlkampf bleiben? Ja, wenn Sie heiraten — und ich hoffe es, da Sie viel zu niedlich sind, um als alte Jungfer zu ver-sauern —, so muß es ein Mann sein, der an-gleichen Strick mit Ihnen zieht. Oder einer, der es nicht über nimmt, wenn er irgendwo untergestellt wird, bis Sie Zeit haben, sich seiner wieder zu erinnern.“

„So einer dürfte sich kaum finden“, ver-sicherte Joan mit einem Anflug ihres alten Humors.

„Warum nicht? Manchem Mann paßt das Beistellung nimmt der Frau die überschüssige Energie, so daß sie weniger Anforderungen an ihn stellt.“

„Wieso?“

„Denken Sie an die vielen Männer, die nach ihrem Tagewerk müde heimkehren zu einer kräftigen, gesunden Frau, fersich wie eine Rosenknospe, weil sie nichts getan hat, als die Dienboten zu gängeln und ein Stündchen Tennis zu spielen. Natürlich prickt es sie die ganze Nacht zu tanzen oder sonstwie sich auszuleben. Mich dankt, der Gatte würde es oft hellfrohen sein, wenn sie sich auch ein wenig müde gerackert hätte.“

„Das mag alles für eine Ehe stimmen, aber bei uns lag die Sache doch anders.“

„Viel schlimmer noch, viel schwieriger noch, mein Kindchen! Die Ehe würde als Blitzableiter für Emotionen erfunden. Aber eine Liebes-affäre ohne Heirat — liebe Joan, um durch diese Katarakte zu steuern, muß eine Frau einen Kopf, kühl wie ein Eisklumpen, haben. Ich erfuhr es an mir selbst.“

„Sie, Pummel?“

„Ja, ihr kleine, unbedeutende Frau. Nach einem Jahr war ich erschöpft und glücklich, in das wirklich bohagliche Ehehoch mit meinem William zu schlüpfen ... Joan, der wurde Punkt bei Ihnen ist, daß Sie bei allem, was Sie tun, Ihre Kraft verströmen lassen, wie Wasser aus einem Krug. Darum sind Sie auch erfolgreich, wo andere Frauen versagen. Aber wenn Sie sich derart vorausgaben, wird der Faden einmal reißen.“ Doch da sie ge-wahrte, wie die jüngere dieser in die Gas-lamme starrte, fuhr sie tröstend fort: „Na, vorläufig haben wir noch keine Veranlassung, deswegen tragisch zu werden.“

„Ich habe meine Wahl getroffen, und dabei bleibe ich.“

„Unsinn. Sie haben überhaupt keine Wahl getroffen, und schmeicheln Sie sich nur nicht, daß Sie eine zu treffen in Stande sind. Gehen Sie zurück an Ihre Arbeit in Shireport, zurück ins Geschirr! Dann werden die tief im Her-zen wurzelnden Wünsche die Wahl treffen ... Wollen Sie jetzt herunterkommen, um mit Wil-liam zu sprechen, oder bis morgen früh warten?“

„Ich möchte schlafen, Pummel. Morgen werde ich wieder mit blanken Augen in die Welt sehen.“

Gleich darauf lag sie im Bett. Doch als Pummel ihr einen Gutenachtkuß gab und das Licht ausdrehte, schoß es Joan plötzlich durch den Kopf, daß sie Gerald Blain mit keiner Silbe erwähnt hatte.

XVII

In Shireport, wohin sie sich nach einer kur-zen Besprechung mit Royd am nächsten Tage be-gab, fand Joan eine äußerst entwickelte Si-tuation vor; die keinem Gedanken an irgend-welche anderen Sorgen und Plagen Raum ge-währte. Zwischen den alleingewesenen Arbeit-gebern und den Gewerkschaften der Techniker und Mechaniker hatte stets ein gutes Verhält-nis bestanden. Letztlich jedoch war eine neue Fabrik, die größte in der Gegend, gebaut wor-den, deren Generaldirektor, Ben Lewis, wech-sel dem Arbeitgeberverband beitreten, noch mit die Gewerkschaften etwas zu tun haben wollte.

„Ich zahle einem Mann, was er mir wert ist“, pflegte sich Mr. Lewis bei jeder Gelegenheit zu rühmen, und da er tatsächlich höhere Löhne als die anderen Fabrikanten bezahlte, hatte er die besten Leute zu sich herübergezogen, die aber weiter Mitglieder ihrer Gewerkschaften blieben; Während des Generalstreiks legten sie an dem verhängnisvollen Mittwoch, dessen Mit-tagsstunde das Ende des Streiks brachte, mor-gens ebenfalls die Arbeit nieder. Und dies gab Mr. Lewis die erwünschte Gelegenheit. Zu-nächst weigerte er sich, irgend-jemanden wie-der einzustellen, der sich nicht zum Austritt aus der Gewerkschaft verpflichtet. Als die Män-ner jedoch ...

„Inhaft blieben, wechselte er seine Taktik. Die Fabrik wurde vollkommen um-gestellt, so daß er mit Aufnahme einer ver-schwindend kleinen Anzahl von technisch ge-schulten Leuten, die er hoch bezahlte, nur Frauen und ungelernete Arbeiter gebrauchte.“

Die Schwierigkeit für Joan bestand darin, daß die billigen Arbeitskräfte, die die geschul-ten ersetzt hatten, ihrer eigenen Gewerkschaft angehörten, bei deren örtlicher Exekutive sie wenig Unterstützung fand. Es schien, als sei vor dem Enthusiasmus des kaum einen Monat zurückliegenden Streiks ein Vorhang herabge-fallen, und dieser Vorhang war ein nasser Laken.

(Fortsetzung folgt)